

Europa wie wir es wollen

Übersetzung aus dem Französischen von Dipl.-Übersetzerin Kerstin Adam, FORUM EUROPA e.V., Saarbrücken

Fassung 2a

Die blau markierten Texte verweisen auf Änderungen gegenüber der ersten Fassung ¹
Die in eckige Klammern gesetzten Wörter sind beizubehalten oder zu entfernen
Die Textrahmen "Diskussionspunkte" werden nach Abschluss der Debatten entfernt

Bericht der Arbeitsgruppe "Europa wie wir es wollen"

Leitung: François Vié

09.09.2010

¹ Anm. d. Übs.: Markierung ist in der mir vorliegenden Fassung und aus diesem Grund auch in der Übersetzung nicht sichtbar

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
Vorwort	8
<i>I Europa am Scheideweg</i>	9
1 – 60 Jahre Europa	9
1.1 Unschätzbare Errungenschaften	
1.2 Europa stagniert	
2 – Interne Herausforderungen der Union	10
2.1 Beträchtliche wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit	
2.2 Soziale Kohäsion in Gefahr	
3 – Herausforderungen der Globalisierung	11
3.1 Ein unumgänglicher relativer Niedergang	
3.2 Die Bedeutung der globalen Problemfelder	
3.3 Globale Entwicklungen - Europa im Rückstand	
3.4 Das Modell Europa im Vergleich mit anderen Kulturkreisen	
3.5 Union ohne Strategie	
4. Europa hat die Wahl	13
4.1 Stärke oder Dahinschwinden	
4.2 Integration oder Zusammenarbeit	
4.3 Gemeinsam oder zunächst nur einzelne	
<i>II Europa wie wir es wollen</i>	
1 – Europa mit einem Projekt	14
1.1 Ein gemeinsames Projekt	
1.2 Für eine neue Etappe im europäischen Aufbauwerk	
1.3 Europas gemeinsames Interesse neu definieren	
2 – Ein starkes Europa	16
2.1 Kernkompetenzen vergemeinschaften	
2.2 Europa – Durchsetzung auf globaler Ebene	
2.3 Europa für eine bessere Welt	
2.4 Die neue Bestimmung der Europäer	
3 – Ein vereinteres Europa im Rahmen des Lissabon-Vertrags	18
3.1 Ausschöpfen aller Möglichkeiten des Lissabon-Vertrags	
3.2 Gemeinschaftliche Institutionen im Dienste der Integration	
3.3 Umsteuern der Unionspolitik zurück zur Integration	
3.4 Fortschritte beim politischen Europa	
4 – Vorarbeiten für ein föderales Europa	20
4.1 Zur Erinnerung: Wir stehen zur föderalen Perspektive	
4.2 Ein integriertes Europa mit "Kernländern", die sich am stärksten für das europäische Aufbauwerk engagieren	
5 – Der Unionspolitik einen Sinn verleihen	23
5.1 Ein starkes Europa aufbauen	
5.2 Bestehende Politik an nachhaltige Entwicklung anpassen	
5.3 Neue Politik angesichts der Chancen und Risiken des 21. Jahrhunderts	
5.4 Politik, die der Bürger versteht	

6 – Finanzmittel, die den Ambitionen gerecht werden	28
6.1 Eigenmittel	
6.2 Ein höherer Haushalt	
6.3 Investitionskredite aufnehmen können	
7. – Ein Europa, das zusammenführt	28
7.1 Gemeinsame Werte	
7.2 Entstehen einer europäischen Gesellschaft	
7.3 Eine europäische Kultur	
7.4 Ein Zugehörigkeitsgefühl	
7.5 Auf dem Weg zu einem europäischen Volk	
8 – Europa der Zukunft	31
8.1 Die EU gegen eine unbeschränkte Ausweitung ihrer Grenzen	
8.2 Eine Verfassung	

III Vorschläge: neuer Schwung für Europa

1- Vorschläge an die Europäer

- Einsetzung eines Konvents zum Projekt Europa
- Prozess der steuerlichen und sozialen Kohäsion
- Neubegründung der Eurozone
- Gründung einer Agentur für Energieversorgung
- Europas Wissensrückstand aufholen
- Gemeinsame Einwanderungs- und Demografiepolitik
- Eine effizientere gemeinsame Außenpolitik
- Erhöhung der Unionsmittel
- Gründung eines Europäischen Instituts für Zukunftsforschung und strategische Überlegungen
- Förderung des Austauschs von Bürgern der Mitgliedsstaaten
- Aufbau einer gemeinsamen kulturellen Basis
-

2 – Vorschläge an die Entscheidungsträger Frankreichs

3 – Vorschläge für Initiativen der Europäischen Bewegung Frankreich

Referenzunterlagen

Anlagen

Arbeitsunterlage 1: Die gemeinsame Bestimmung der Europäer

Arbeitsunterlage 2: Befugnisse und Mittel der Union

Arbeitsunterlage 3: Arbeitsweise und Organisation der Union

Bericht "Europa wie wir es wollen", 1. Fassung

Bericht der Arbeitsgruppe

Europa wie wir es wollen

Zusammenfassung

Die Europäische Bewegung Frankreich tritt für das europäische Aufbauwerk ein. Von September 2009 bis März 2010 stellte eine Arbeitsgruppe Überlegungen zu dessen Gestaltung an.

I - Europa am Scheideweg

Seit 60 Jahren tritt die Europäische Bewegung in der öffentlichen Meinung für ein föderal geprägtes Europa ein und bemüht sich, das Bewusstsein der französischen Bürger für Europa und die Schicksalsgemeinschaft der Völker, aus denen es besteht, weiter zu entwickeln.

Das europäische Aufbauwerk hat die Gefahr innereuropäischer Konflikte gebannt und Wohlstand, einen gemeinsamen Lebensraum sowie die von den Gründervätern gewünschte Wiedervereinigung des Kontinents gebracht. Ein kostbares Erbe, das nicht nur erhalten, sondern auch gefestigt werden muss.

Diese beachtlichen Errungenschaften sind jedoch angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts unzureichend. Mehr denn je muss der immer engere Zusammenschluss seiner Mitgliedsstaaten das wichtigste Projekt der Europäer sein, um diese Herausforderungen überwinden zu können.

Durch die sukzessiven Erweiterungen ist die europäische Gesellschaft immer heterogener geworden; die Ungleichheit wächst unter dem Druck der Globalisierung. Trotz der Schrumpfung der Bevölkerungszahl widerstrebt es den Europäern, mehr Einwanderung zu akzeptieren; die Bevölkerung altert, und der Kontinent läuft dadurch Gefahr, sein Gesellschaftsmodell nicht mehr finanzieren zu können.

Mehrere internationale Misserfolge jüngeren Datums sollten die Europäer alarmieren: Demütigung in Kopenhagen, wo die Europäer ausgegrenzt wurden, Gleichgültigkeit des neuen US-Präsidenten gegenüber der Europäischen Union und Ungemach für den Euro angesichts der zu großen Unterschiedlichkeit der einzelnen Volkswirtschaften der Eurozonen-Länder. Europa muss sich auf einen [unvermeidlichen] relativen demografischen und wirtschaftlichen Niedergang vorbereiten. Die globalen Fragen, die die Zukunft der Europäer gestalten, werden immer zahlreicher.

Gerade dann, wenn Europa mit den Realitäten der Globalisierung konfrontiert wird, lässt die Unterstützung für das Projekt Europa durch die öffentliche Meinung und den politischen Willen unserer Entscheidungsträger nach. Nicht alle Staaten möchten auf dem Weg zu einer verstärkten Integration vorangehen. Unser Projekt stagniert sowohl bei der Gemeinschaftspolitik (die letzte wirklich gemeinschaftlich umgesetzte Politik, nämlich die Einführung des Euro, liegt bereits zehn Jahre zurück) als auch bei den Institutionen, die immer stärker von intergouvernementaler Zusammenarbeit geprägt sind.

Europa kann nur dann dafür für eine Umkehr dieser Tendenzen kämpfen, wenn es sich vereint und so seine Bevölkerung und seine Wirtschaft mobilisiert.

Europa steht vor der Wahl:

- Stärke oder Dahinschwinden: Wollen die Europäer ein Europa, das ein wichtiger Akteur auf internationaler Ebene ist?
- Integration oder Zusammenarbeit: Sollten die Europäer eher gemeinschaftlich oder eher intergouvernemental zusammenarbeiten?
- Gemeinsam oder zunächst nur einzelne: Gibt es eine Gruppe von Ländern, die bereit sind, beim europäischen Aufbauwerk voranzugehen? Die Umsetzung neuer Politikfelder mit 27 Akteuren ist schwer planbar.

II Europa wie wir es wollen

Getreu ihrer langjährigen Ausrichtung möchte die Europäische Bewegung Frankreich aktiv an der Debatte darüber teilnehmen, wie Europa neuer Schwung verliehen werden kann. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht zu präzisieren, welche Entwicklung sie sich für Europa in den kommenden 10 – 15 Jahren wünscht.

Europa mit einem Projekt

Um das Vertrauen der Europäer wiederzugewinnen, muss das gemeinsame europäische Interesse neu definiert und der europäischen Integration wieder Sinn verliehen werden. Es könnte zweckmäßig sein, einen Konvent zur Zukunft Europas einzuberufen, an dem die Bürger teilnehmen können.

Ein starkes Europa als internationaler Akteur

Die neue Bestimmung der Europäer sollte es künftig sein, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in einer gefährlichen Welt zu schaffen, in der sie Flagge zeigen und zu einer besseren Welt beitragen sollten. Ebenso sollten sie ihre Wirtschaftsentwicklung vorantreiben und in einer Welt der wachsenden Konkurrenz wettbewerbsfähig bleiben.

Um sich den vor ihr liegenden Herausforderungen zu stellen und ihre Rolle in der Welt einzunehmen, muss die Union erneut ein politisches und wirtschaftliches Aufbauwerk in Angriff nehmen. Dazu gehört auch, dass sie in der Außenpolitik und der Verteidigung die notwendigen Befugnisse erhält.

Ein vereinteres Europa im Rahmen des Lissabon-Vertrags

Durch die geänderten Verträge kann die Union sich fortentwickeln. Alle Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden. Die Gemeinschaftsmethode muss insbesondere dadurch gefestigt werden, dass die Kommission und das Europäische Parlament ihre wichtigen Rollen wieder einnehmen, und ist dem Intergouvernementalismus vorzuziehen.

Vorarbeiten für ein föderales Europa (unter Beibehaltung seiner Finalität)

Ein föderales Europa unter Einbeziehung aller Unionsländer ist das Ziel, das erreicht werden soll. Dabei geht man vom derzeitigen "unbekannten Objekt" (Jacques Delors) aus, das sich nach seinem eigenen Schema entwickeln wird.

Die Etappen auf diesem Weg sind: der freiwillige Zusammenschluss von Staaten, denen sich nach und nach alle Länder der Union anschließen können und die sich nach dem Prinzip einer Föderation von Staaten [Föderation von Nationalstaaten] entwickeln. Dieser Zusammenschluss ist sowohl durch die Völker als auch die Staaten legitimiert.

Ein integriertes Europa mit "Kernländern", die sich am stärksten für das europäische Aufbauwerk engagieren

Die Differenzierung der einzelnen Politikfelder der Union ist Realität: der Euro und Schengen als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gelten nicht in allen Mitgliedsländern gleichermaßen. Kurzfristig ist es schwierig, neue Politik mit 27 Mitgliedern umzusetzen. Übrigens muss auch ein "Europa à la carte" vermieden werden, das durch eine rasante Zunahme der verstärkten (bilateralen) Zusammenarbeit entstehen und die Union spalten und durcheinanderbringen würde.

Um auf dem Weg zu einem integrierteren Europa voranzugehen, sollten eine oder mehrere Gruppen von Ländern gebildet werden, die entschlossen sind, die strategischen und für die Zukunft der Union entscheidenden Befugnisse zu vergemeinschaften. In der Wirtschaft kann die mit neuen Steuer- und Haushaltsbefugnissen ausgestattete Eurozone zum Motor der Union werden.

Der Politik der Union einen Sinn verleihen

Ein starkes Europa braucht eine gemeinsame strategische Politik: Wirtschaftspolitik (inklusive Haushalt und Steuerwesen) sowie Außen- und Verteidigungspolitik.

Die bestehende Politik muss an die nachhaltige Entwicklung angepasst werden: Sie muss weiterbetrieben und verstärkt werden und dabei ein neues ressourcen- und umweltschonendes Modell der Wirtschaftsentwicklung begünstigen. Gleichzeitig muss die Politik ihr derzeitiges Defizit im Sozialwesen korrigieren und auf eine echte Solidarität unter Europäern hinwirken.

Die neue Politik muss auf die Chancen und Risiken des 21. Jahrhunderts konkret eine Antwort geben: Energie-, Umwelt-, Forschungs- und Industriepolitik.

Finanzmittel, die den Ambitionen gerecht werden

Ohne Haushalts- und Finanzmittel geht nichts. Die Union benötigt Eigenmittel, die weit über dem derzeitigen Niveau liegen und durch europäische Steuern erzielt werden. Zur Umsetzung einer neuen Politik und stärkerer Solidarität muss der Haushalt erhöht werden. Die Union muss Investitionskredite aufnehmen können.

Ein Europa, das Menschen zusammenbringt

Die Union braucht lange, um sich zu einem gemeinsamen Lebensraum der Europäer zu entwickeln. Der Aufbau einer europäischen Gesellschaft muss beschleunigt werden: Die Hindernisse für ein gemeinsames Zusammenleben von Europäern unterschiedlicher Nationalität müssen beseitigt werden und die Europäer selbst müssen sich um ihre gemeinsamen kulturellen Elemente und Werte zusammenfinden.

Die EU gegen eine unbeschränkte Ausweitung ihrer Grenzen

Damit es nicht zu einer Union ohne fest definiertes Territorium kommt und damit die europäische Identität sich entfalten kann, muss die Europäische Union ihre endgültigen Grenzen grundsätzlich festlegen. Hier stellen sich insbesondere Fragen hinsichtlich der Türkei und der Ukraine. Diese Fragen werden leichter gelöst, wenn sich eine Ländergruppe bildet, die auf dem Weg zu einem föderalen Europa vorangeht. Dann wird eine Erweiterung möglich sein, ohne dass der Zerfall unseres Projekts Europa befürchtet werden muss.

III - Vorschläge der Europäischen Bewegung Frankreich: neuer Schwung für Europa

Mehrere konkrete Vorschläge wurden unterbreitet, um Europa voranzubringen:

- Einsetzung eines Konvents zum Projekt Europa
- Neubegründung der Eurozone insbesondere durch Maßnahmen zur Haushaltskonvergenz
- Eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie
- Ein Prozess steuerlicher und sozialer Konvergenz
- Aufholen des europäischen Rückstands im Wissensbereich über den Lissabon-Prozess hinaus
- Eine europäische Energiegemeinschaft
- Eine gemeinsame Einwanderungs- und Demografiepolitik
- Erhöhung der Unionsmittel
- Gründung eines Europäischen Instituts für Zukunftsforschung und strategische Überlegungen, angesiedelt bei der Europäischen Kommission
- eine effizientere gemeinsame Außenpolitik
- Ausbau unserer Kapazitäten bei der Zukunftsforschung und strategischen Überlegungen
- Förderung des Austauschs von Bürgern der Mitgliedsstaaten
- Entwicklung einer gemeinsamen kulturellen Basis

Manche Vorschläge richten sich an die Europäische Bewegung Frankreich, um sie in die Debatte über neue Impulse für das europäische Aufbauwerk einzubeziehen:

- Verfassen einer Deklaration der Bewegung
- Verfahren für Bürgerinitiativen auf den Weg bringen

* * *

Vorwort

Auf Initiative von François Vié und mehrerer Sektionen der Europäischen Bewegung Frankreich hat sich im September 2009 eine Arbeitsgruppe gebildet. Ihre Ziele und die vorgeschlagene Arbeitsmethode wurden im Nationalen Büro und im Vorstand dargelegt.

Das Ziel ist, das Konzept des Projekts Europa der Europäischen Bewegung Frankreichs über ihre ständigen Ziele hinaus zu präzisieren. Seit jeher unterstützt die Bewegung das europäische Einigungswerk mit einer "föderalen Perspektive" und "entwickelt das Bewusstsein des französischen Volkes für Europa und die Schicksalsgemeinschaft seiner Völker."

Die Gruppe arbeitete in vier Etappen:

Phase 1: Die gemeinsame Bestimmung der Europäer

Phase 2: Die Befugnisse und die Mittel der Union

Phase 3: Die Funktionsweise und Organisation der Union

Phase 4: Synthese

In den Phasen 1,2 und 3 entstand jeweils ein Arbeitsdokument, das ursprünglich vom jeweiligen Leiter der Gruppe verfasst wurde. In jedes Dokument flossen gut ein Dutzend Beiträge ein, die bei den Besprechungen (zwei Besprechungen pro Phase, organisiert in Paris und Lyon), per Telefon oder Internet gemacht wurden.

Zusammensetzung der Arbeitsgruppe

Leitung: François Vié, Sektion Nord

Mitglieder:

Agnes Bauche, Sektion Hauts de Seine

Olivier Beedelem, Jeunes Européens Nord

Patrice Bolo, Sektion Loire Atlantique

Brigitte Bousquet, Sektion Lyon-Rhône

Bernadette Bras, Sektion Seine Maritime

David Cortier, Sektion Lyon-Rhône

Pauline Gessant, Sitz der Europäischen Bewegung Frankreich

Pierre-Marie Giard, Jeunes Européens

Eric Hintermann, Sektion Haute Savoie

Guy Hollman, Sektion Basse Normandie

Nicolas Jean, Jeunes Européens

Louis Jourdan, Sektion Ile et Vilaine

Jean- Charles Leygues, Sektion Gironde

Henri Oberdorff, Sektion Isère

Noel Orsat, Sektion Marne

Guy Plantier, Europa und Globalisierung

Pierre-Marie Thobois, Sektion Somme

Jean-Jacques Triplet, Sektion Nord

Jean Verges, Sektion Provence

Der Bericht der Arbeitsgruppe (1. Fassung) wurde anschließend den Mitgliedern des nationalen Büros, der Sektionen und den Mitgliedervereinen der Europäischen Bewegung Frankreich übergeben.

Beiträge der Mitglieder des Büros

Gessica Chamba

Elvire Fabry

Sylvie Goulard

Joseph Limagne

Christian Philip

Jean-Luc Sauron
Françoise de la Serre

Beiträge der Sektionen

Côte d'Or
Gironde
Loiret
Seine Maritime Yvelines / Lechesnay

Im Anhang zum Bericht befinden sich die drei Arbeitsdokumente mit allen Beiträgen, den zu den einzelnen Punkten ausgetauschten Argumenten und die erste 1. Fassung mit den Anmerkungen und Beiträgen der Mitglieder des Büros und der Sektionen.²

* * *

I Europa am Scheideweg

1 - 60 Jahre Europa

1.1. Unschätzbare Errungenschaften

Seit 60 Jahren tritt die Europäische Bewegung in der öffentlichen Meinung für ein föderal geprägtes Europa ein und bemüht sich, das Bewusstsein der französischen Bürger für Europa und die Schicksalsgemeinschaft seiner Völker weiter zu entwickeln.

Mit dem Aufbau eines institutionellen Europas hat der Kontinent einen gemeinsamen befriedeten und erfolgreichen Lebensraum der Europäer geschaffen und damit eine beachtliche Wegstrecke zurückgelegt. Die Schaffung des gemeinsamen Marktes mit seinen vier Freiheiten, die Kohäsionspolitik, die Wirtschafts- und Währungsunion, der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die Landwirtschafts- und anderer gemeinsamer Politikfelder brachten den Völkern Europas eine unumkehrbare Solidarität. Die jüngsten Erweiterungsrunden fügten Europa wieder zusammen, das durch die Konflikte des 20. Jahrhunderts geteilt war. Mehr denn je ist der Aufbau der Europäischen Union das politische Projekt der Europäer.

1.2 Europa stagniert

Es ist jedoch festzustellen, dass unser Projekt seit Jahren stagniert.

Zu Beginn des europäischen Aufbauwerks war es insbesondere aufgrund der Position Frankreichs schwer, einen gemeinsamen Willen der Staaten herbeizuführen. Dies gestaltete sich durch den Beitritt Großbritanniens, anschließend auch durch die jüngsten Erweiterungen ebenso schwierig. Die Wirtschaftskrise brachte weitere Rückschläge, die von Deutschland ausgingen, zutage. Nicht alle Staaten wünschen eine verstärkte Integration, was zu einer Differenzierung der Politik der Union führte: Euro, Schengen, Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gelten nicht in allen Staaten gleichermaßen. Abweichungen gibt es auch in der Verteidigungspolitik bei den Mitgliedsstaaten, die eine Neutralitätspolitik verfolgen.

Die letzte wirklich gemeinsam umgesetzte Politik war die Einführung des Euro vor zehn Jahren. Seitdem sind Gemeinschaftsinitiativen letztlich intergouvernementale Initiativen. Weitere Rückschläge ließen sich auch durch die Nichtbeteiligung (Opting Out) beobachten, die anlässlich der Verhandlung-

² Anm.: Lag für die Übersetzung nicht vor.

gen um den Lissabon-Vertrag zugestanden wurde und mit der manche Staaten sich einer bestimmten Politik verweigern.

Man sollte die Schwierigkeiten nicht verkennen, mit 27 Ländern neue Politikfelder umzusetzen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Haben die Europäer immer noch das Verlangen, bei globalen Angelegenheiten mitzuwirken? Haben sie noch den Willen, durch angemessene Übertragung von Souveränität ihr gemeinsames Abenteuer weiterzuführen?

Bei den europäischen Staaten hat die Krise nicht zu einem Vereinigungsreflex geführt, um gemeinsame Lösungen zu finden. Kein Ruck ging durch die Europäer, da es keine gemeinsamen Regeln, Haushaltsmittel und Befugnisse der Institutionen gab, um die Situation gemeinsam zu steuern. Ganz im Gegenteil: Die Krise hat den politischen Zusammenhalt Europas aufgeweicht.

Mehrere Misserfolge jüngerer Datums auf internationaler Ebene sollten die Europäer aufrütteln: Demütigung in Kopenhagen, wo die Europäer an den Rand gedrängt wurden, Gleichgültigkeit des neuen amerikanischen Präsidenten gegenüber der Europäischen Union, Ungemach für den Euro, da die Volkswirtschaften der Länder der Eurozone unsolidarisch agierten.

Im Gegensatz dazu zeigt die Zurückweisung des SWIFT-Abkommens über den Austausch von persönlichen Daten mit den Vereinigten Staaten durch das Europäische Parlament, dass die Union ihre Entscheidungen auf internationaler Ebene durchsetzen kann, wenn mehr Machtbefugnisse an die Gemeinschaftsinstitutionen übertragen werden.

Die Rückbesinnung der europäischen Staaten auf einen Gemeinschaftsgeist, bei dem das gemeinsame europäische Interesse über die jeweiligen nationalen Interessen gestellt wird, ist für die Zukunft der Union unerlässlich. Die derzeit im Verborgenen geführten Debatten müssen in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden.

2 – Interne Herausforderungen der Union

2.2 Beträchtliche wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit

Die Kohäsionspolitik war ein Erfolg, da durch diese Politik der Entwicklungsstand der Regionen Europas einander angenähert wurde. In den neuen Beitrittsländern hat sie allerdings noch nicht ihre volle Wirkung entfaltet. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsländern sind groß. Mit dem schrittweisen Beitritt der Länder des Balkans und eventuell der Türkei werden sie noch weiter wachsen.

Die Solidaritätspolitik der Union und die wirtschaftliche Integration fördern die Konvergenz der europäischen Gesellschaften. Dies geht nur langsam vor sich und wird durch die Konkurrenz der Länder auf dem gemeinsamen Markt konterkariert.

Die Europäer haben sich nicht die Befugnisse für eine echte steuerliche und soziale Konvergenz gegeben. Ihnen mangelt es an Solidarität, z.B. derzeit in der Finanzkrise gegenüber östlichen Ländern oder in der Griechenlandkrise.

Frieden und Wohlstand werden in Europa als Errungenschaften der Bürger wahrgenommen. Je mehr jedoch die gemeinsamen Gegner, gegen die Europa gegründet worden war, abhanden kommen, umso schwächer wird auch ihr Wunsch, Europa zu verwirklichen.

Die Kluft zwischen der wirtschaftlichen Lage und der politischen Kultur der einzelnen Länder bremst den Aufbau einer europäischen öffentlichen Meinung und die Entwicklung eines gemeinsamen Zukunftskonzepts für Europa. Wir möchten ein Europa, das seine Solidaritätsmechanismen verstärkt, damit die Volkswirtschaften einander angeglichen werden und sich ein europäisches politisches Bewusstsein herausbildet.

Die unterschiedlichen politischen Traditionen der Staaten und die Anzahl der Mitgliedsländer bewirken, dass die jeweilige Bevölkerung ebenso wie die Parlamentarier und Staatsführer jedes Landes Europa sehr unterschiedlich wahrnehmen. Insbesondere in den Gründungsländern wird die europäische Idee durch die Inkohärenz der politischen Entscheidungsträger in Brüssel geschwächt, die die europäische Union zum Sündenbock für eigene Probleme machen. Weitere Gründe sind, dass Europa kaum oder gar nicht vermittelt und erklärt und über das Projekt Europa nicht mehr diskutiert wird.

2.2 Soziale Kohäsion in Gefahr

Die soziale Kohäsion ist in Europa bedroht durch die Krise, die wachsende Ungleichheit aufgrund der Globalisierung, die Überalterung und den Zuzug von Einwanderern, die wir integrieren müssen.

Die Europäer kämpfen gegen ihre wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten. Sie beurteilen die Aktivitäten der Union positiv, aber ihr Vertrauen in die europäischen Institutionen erodiert. Der wichtigste Grund, um den Rückhalt für Europa bei den Bürgern zu stärken, wäre die Konvergenz der Sozialsysteme (ohne dass die am weitesten entwickelten Systeme Einschnitte hinnehmen sollten). Die Unterschiedlichkeit der Sozialsysteme schließt ihre Harmonisierung aus, und ihre Angleichung kann nur schrittweise erfolgen. Das Fehlen einer an die wachsende Ungleichheit und Überalterung angepassten Sozialpolitik stellt eine Bedrohung für die soziale Kohäsion in Europa dar.

3 – Herausforderungen der Globalisierung

3.1. Ein relativer Niedergang zeichnet sich ab

Europa muss sich auf einen unausweichlichen relativen demografischen und wirtschaftlichen Niedergang vorbereiten. Die Welt hat heutzutage 6 Milliarden Einwohner, im Jahre 2050 werden es wahrscheinlich 9 Milliarden sein. Die Bevölkerungszahl Europas wird stagnieren und von heute 8,3% auf unter 5% der Weltbevölkerung sinken – im Gegensatz zu den USA, die im gleichen Zeitraum etwa 100 Millionen Einwohner hinzugewinnen werden.

Europa ist heute noch die wichtigste Handelsmacht der Welt, ein großer vereinter Markt mit 500 Millionen Einwohnern und dem größten BIP der Welt. Im Zeitraum bis 2025 wird das Wachstum der entwickelten Länder (2,5%) jedoch dauerhaft unter dem der Schwellenländer (4,2%) liegen.

Wirtschafts- und Finanzkraft verlagern sich unweigerlich nach Asien. Die Spannungen zwischen den absteigenden (Europa, Vereinigte Staaten) und den aufsteigenden Weltmächten (insbesondere China) werden sich hinsichtlich der Währungsparitäten, Energiequellen und Rohstoffe noch vergrößern.

Nur wenn die Union gemeinsam handelt, um ihre Bevölkerungszahl zu steigern und ihre Wirtschaft zu mobilisieren, kann sie für eine Umkehr dieser Tendenzen kämpfen.

3.2 Die Bedeutung der globalen Problemfelder

Die globalen Probleme, die die Zukunft der Europäer bedingen, vervielfachen sich: Entwicklung eines unkontrollierten Finanzwesens und Volatilität der Finanzströme; Ungleichgewichte von Wechselkursen und im Handel, die die Anhäufung von Finanzreserven und die Entstehung von Finanzblasen fördern; Verschiebung der Wirtschaftsaktivität, bei der neue Mächte entstehen; Klimawandel; Verlust der Biodiversität; demografische Ungleichgewichte, wirtschafts- und klimabedingte Migration, Gefahr der Weitergabe nuklearen Know-Hows und Materials und neue sicherheitsrelevante Bedrohungen; Verknappung der Ressourcen Wasser, Nahrungsmittel, Rohstoffe, Energie; Pandemien...

Diese Herausforderungen betreffen die EU insofern auch intern als sie alle sich auf unsere europäische Gesellschaft auswirken.

Die Länder Europas werden künftig zu klein sein, um in der globalisierten Welt allein ins Gewicht zu fallen. Mit ihren 500 Millionen Einwohnern besitzt die Europäische Union hingegen das notwendige Gewicht.

3.3. Globale Entwicklungen – Europa im Rückstand

Die Zwänge einer immer aggressiveren Globalisierung waren vorhersehbar. Die europäischen Entscheidungsträger haben keine entsprechenden Maßnahmen getroffen und die Globalisierung nicht vorhergesehen. Die Institutionen, die Staaten, die europäischen Denkfabriken haben angesichts der Entwicklungen keinen Alarm geschlagen. Die umgesetzten Strategien waren ineffizient, wie z.B. die Lissabon-Strategie für ein Europa des Wissens, oder unzureichend, wie St. Malo für die europäische Verteidigung. Wir haben ein negatives Bild der Globalisierung, weil wir unfähig sind, darüber zu debattieren und uns entsprechend anzupassen.

Es gibt nicht genügend gemeinschaftliche Orte, wo die Europäer ein Bild für die Zukunft der Union in 20 Jahren entwickeln könnten. Das Europäische Parlament ist einer dieser Orte. Mehrere Institute bestehen. Europa muss jedoch seine Kapazitäten zur Zukunftsforschung und Analyse unbedingt vergrößern, um die Entscheidungsträger aufzuklären und eine gemeinsame Strategie der Europäer zu entwickeln.

Neue Befugnisse in der Außenpolitik und für Verhandlungen sind ebenso dringend, da die Welt sich schnell verändert. Die Europäer müssen die Globalisierung positiv angehen, um die Gelegenheiten zu ergreifen, die sich ihnen bieten. Sie müssen allerdings auch ihre Bedrohungen erkennen und dazu beitragen, dass sie gemeistert werden.

Sie müssen vorausschauend handeln und sich die Instrumente für eine Intervention verschaffen, um in den Lauf der Welt einzugreifen.

3.4 Das Modell Europa im Vergleich mit anderen Kulturkreisen

Durch ihr kulturelles Modell können die Europäer im Dialog mit anderen Regionen der Welt Flagge zeigen.

Die Europäer sind der Anerkennung und der Verteidigung der Grundrechte verbunden. Diese Rechte werden insbesondere in der Grundrechtscharta konkret genannt und sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Modells. In der europäischen Lebensweise haben gemeinsame Güter und Solidarität, Kultur und Lebensqualität Vorrang. Auf globaler Ebene streben sie nach Zusammenarbeit, Konfliktlösung auf der Grundlage von Verhandlungen sowie nach einer multipolaren und regulierten Welt.

Angesichts der Veränderungen in der Welt müssen die Europäer einen Weg hin zur nachhaltigen Entwicklung finden, damit sie auf die neuen Erfordernisse in den Bereichen Umwelt, Klimaschutz und Ressourcenverknappung parallel reagieren können. Gleichzeitig müssen sie sich voll für die Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der Überalterung sowie für die Beibehaltung ihrer sozialen Sicherung und ihrer Lebensweise engagieren können.

Der europäische Traum ist ein positives Ideal. Es soll die Bewohner Europas dazu bringen, ihr eigenes Europa zu bauen und dieses Modell auch der Welt vorzuschlagen. Darüber hinaus müssen die Europäer Solidarität im Guten wie im Schlechten zeigen. "Wir teilen zwar unsere Träume, aber wir teilen unsere Alpträume noch nicht." (Pascal Lamy)

3.5 Union ohne Strategie

Die außenpolitische Strategie der Union ist noch nicht sichtbar genug. Da die Union sich nicht auf die Entwicklungen in der Welt vorbereitet hat, fällt es ihr schwer, dort ihren Platz zu finden.

Die Union besitzt gemeinsame Strategien für den internationalen Handel, die Nachbarschaftspolitik, die Entwicklungshilfe und das Klima. Hingegen fehlen ihr Strategien für die Energieversorgung, die Devisenpolitik, die Wirtschaftsregulierung. In der Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik behindern anhaltende Unstimmigkeiten ihre Handlungsfähigkeit. Da die politische Ambition und der Wille

der Mitgliedsstaaten fehlen, sind die außenpolitischen Aktivitäten der Union auch nicht kohärent genug.

Die Europäer weigern sich, die Bedrohungen von außen zu sehen. Sie zögern [im Geiste der Neutralität], sich zu engagieren, und dies ist für ihre Öffnung zur Welt unangemessen. Durch die Aufstockung der Mittel für eine institutionalisierte Zukunftsforschung und Reflexion müssen sie die Entwicklungen in der Welt vorwegzunehmen.

In den Verträgen haben sie sich zu Hilfe und gegenseitiger Unterstützung verpflichtet und dadurch miteinander verbunden: im Fall eines bewaffneten Angriffs gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen über legitime Verteidigung, und durch eine Klausel über erweiterte Solidarität im Falle eines terroristischen Angriffs, einer Natur- oder menschengemachten Katastrophe. Sie müssen die sicherheitsrelevanten Entscheidungen ihres Kontinents in Bezug auf menschliche Risiken und Kosten mittragen.

Die Union muss eine gemeinsame Strategie der Mitgliedsstaaten definieren und tragen, die für alle Länder der Welt sichtbar ist. Ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss ihrem tatsächlichen demografischen und wirtschaftlichen Gewicht in der Welt entsprechen [eine Strategie der Stärke].

4 – Europa hat die Wahl

4.1 – Stärke oder Dahinschwenden

In der Debatte geht es grundsätzlich um Europas Zukunft.

- Möchten die Europäer auf internationaler Ebene ein Europa im Sinne einer "vergrößerten Schweiz", das seine wirtschaftlichen Interessen vertritt, sich jedoch aus aktueller Außenpolitik heraushält? Ein Europa, das keine freiwilligen Anstrengungen unternimmt, um sein Gesellschaftsmodell zu stärken, in die Zukunft zu investieren und seine politische Kohäsion zu festigen?
- Oder möchten die Europäer sich den EU-internen, aber insbesondere internationalen Herausforderungen stellen, wichtige Akteure in der Welt werden und die Rolle einer wirtschaftlichen, zivilen und militärischen Macht übernehmen?

4.2 – Integration und/oder Kooperation

In der Europäischen Union bestehen beide Arbeitsmethoden nebeneinander:

- **Intergouvernementale Methode:** Die Staats- und Regierungschefs verständigen sich im Rat auf koordinierte oder gemeinschaftliche Aktionen und bevollmächtigen ggf. die Kommission, sie umzusetzen.
Bei dieser Methode verharrt die Kommission in einer sekundären, ausführenden Rolle. Die Logik der Konfrontation nationaler Interessen zum Nachteil der Gemeinschaftsinteressen dominiert die Initiativen des Rats.
Die intergouvernementale Methode ermöglicht es jedem Staat, seine grundlegenden Interessen insbesondere in der Verteidigungs- und Außenpolitik zu wahren; es kann jedoch keine wirklich gemeinsame Politik betrieben werden.
- **Gemeinschaftsmethode:** Rat, Parlament und Kommission verständigen sich, damit die Kommission ihre Rolle als vorschlagendes Gremium zurückerhält. Sie einigen sich darauf, gemeinsame Politik gemäß den üblichen gesetzgebenden Verfahren auf den Weg zu bringen.
Diese Methode hat sich bei der Entwicklung gemeinsamer Politik bewährt und ermöglicht neue Fortschritte: Koordination der Wirtschaftspolitik, politische Steuerung des Euro, steuerliche Konvergenz sowie Konvergenz der Sozialmodelle, Energie-, Forschungs- und Umweltpolitik.

Welche Methode (oder, je nach Politikbereich, welche Kombination dieser Methoden) sollte gewählt werden, um den Aufbau Europas voranzubringen?

4.3 Gemeinsam oder zunächst nur einige?

Nicht alle Länder akzeptieren eine integrierte Politik in den o.g. Bereichen und engagieren sich dafür. Daher ist eine weitere Debatte unvermeidlich: Welche Länder möchten neue Befugnisse vergemeinschaften, und wenn ja, welche Befugnisse?

II – Europa wie wir es wollen

In diesem Kapitel wird Europa beschrieben, wie es sich die Europäische Bewegung mit einem Zeithorizont von 10 bis 15 Jahren wünscht. Es geht darum, Orientierungslinien festzulegen. Vorschläge für Fortschritte finden sich übrigens in Kapitel III "Vorschläge: Neuer Schwung für Europa"

1 – Europa mit einem Projekt

1.1 Ein gemeinsames Projekt

Den Europäern gelingt es nicht, ihre Interessen zu verbinden und ein gemeinsames Projekt aufzubauen. Die derzeitige Politik der Union ist unzureichend, um wirtschaftliche und soziale Solidarität unter den Europäern zu schaffen. Die Konkurrenz der Staaten und nationalistische Versuchungen drängen die Idee eines vereinten Europas zurück.

Die Europäer haben nach wie vor Vertrauen in Europa, aber sie erwarten Vorschläge. Ein Projekt für Europa muss ihre Forderungen berücksichtigen, konkrete Perspektiven aufzeigen und eine politische und bürgernähere Union anbieten, um den Rückhalt der Bürger zu bekommen. Ein Europa, das seine soziale Kohäsion im Innern beibehält und es der Union nach außen ermöglicht, ihr Gewicht in der Globalisierung in die Waagschale zu werfen.

Die langsame Konvergenz der Gesellschaften und Meinungen in Europa reicht nicht, um das integrierte Europa, das wir wollen, aufzubauen. Ein politischer Prozess muss ausgelöst werden, ein europäischer Wille zutage treten, damit Europa sich künftigen Herausforderungen stellen kann. Dem "Sinndefizit" der Union muss entgegengewirkt werden, d.h. ihrer Unfähigkeit, eine Richtung vorzugeben und ihre Handlungen in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Die Europäische Bewegung Frankreich ruft dazu auf, gegen das Desinteresse der Europäer gegenüber der europäischen Integration zu kämpfen und schlägt ein gemeinsames Projekt vor,

- das aus einer hellsichtigen Analyse der Stärken und Schwächen Europas in Wirtschaft und Sozialwesen sowie der Analyse seiner strategischen Ambitionen und der Chancen und Risiken, denen es gegenübersteht, hervorgeht
- das aus der Krise gelernt hat und ein neues Entwicklungsmodell im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft (dem europäischen Wirtschaftsmodell) umsetzt (nachhaltig, ressourcenschonend, sozial fair)
- das auf die Sorgen der Bürger hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion Europas eingeht
- das die überragende Wichtigkeit der Union zur Lösung der globalen Probleme sichtbar macht und die notwendige neue Politik anbietet

1.2 Für eine neue Etappe im europäischen Aufbauwerk

Die Errungenschaften der Europäischen Union sind das Ergebnis der "Monnet-Methode", das heißt, die Einführung einer gemeinsamen Verwaltung für mehrere europäischer Länder in begrenzten, strategischen und immer zahlreicheren Bereichen, so dass faktisch eine Solidarität zwischen diesen Ländern entsteht. Mit dieser Methode wurde Großartiges verwirklicht und Frieden und Wohlstand in Europa

Europäische Bewegung – Frankreich – Arbeitsgruppe "Europa wie wir es wollen", 2. Fassung des 14
Berichts

gesichert: der Binnenmarkt, Solidaritätspolitik, Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, Außenpolitik, der Euro...

Die Monnet-Methode reicht jedoch nicht mehr aus, um die europäische Integration voranzutreiben. Sie stößt auf zwei politische Probleme:

Nicht alle der zahlreich gewordenen Mitgliedsstaaten haben den gleichen Willen, die europäische Integration zu verwirklichen. Da bestimmte Staaten sich weigern, neue Politik mitzutragen, entsteht daraus eine Differenzierung; es entstehen Forderungen nach einstimmigen Beschlüssen sowie Verfahren der intergouvernementalen Kooperation in den Bereichen, wo echte Politik gefragt wäre.

Die Europäer erleben, wie Europa in ihrem täglichen Leben immer wichtiger wird, und verstehen nicht, dass sie an seinem Aufbau nicht beteiligt sind. Daher kehren sie sich von der Sache der Union ab.

Die Europäische Bewegung Frankreich möchte, dass das europäische Aufbauwerk vertieft wird, indem die Mitgliedsstaaten neue Befugnisse auf die Union und ihre Politik übertragen. Welche neuen Befugnisse übertragen werden, darf nicht mehr nur in einem diplomatischen Prozess entschieden werden. Es muss auch einen politischen Prozess geben, in den die europäischen Bürger eingebunden sind. Die Integration darf nicht mehr im Verborgenen weitergeführt werden, sondern muss ganz im Gegenteil sichtbar sein.

1.3. Europas gemeinsames Interesse neu definieren

Das gemeinsame europäische Interesse muss neu definiert und auf dieser Grundlage ein europäisches Projekt aufgebaut werden. Der Rückhalt der Bürger für ein gemeinsames Projekt muss den Zusammenhalt Europas erneuern. Es ist zweckmäßig, die Bedingungen für eine Beratung über die gemeinsame Finalität des europäischen Aufbauwerks festzulegen. Welches Projekt haben die Europäer im Rahmen des Lissabon-Vertrags?

Für Europa geht es darum, seinem Projekt erneut Sinn zu verleihen. Durch die Globalisierung entsteht ein Handlungsbedarf, der es dazu zwingt.

Die Prioritäten der Union können nicht mehr nur auf diplomatischem und parlamentarischem Wege festgelegt werden. Vielmehr ist es notwendig, dass die politische Klasse ihre Absichten und Handlungen erklärt, dass die Bürger über ihre gewählten Vertreter einbezogen werden und dass eine große demokratische Debatte geführt wird.

Die Europäische Bewegung Frankreich ruft zu einer Debatte auf und beabsichtigt, konstant zu dieser Debatte beizutragen.

Ein Konvent, der für Bürgerbeteiligung offen ist, könnte nützlich sein. Er müsste zeitlich begrenzt sein (bis 2014), seine Ergebnisse in der Politik berücksichtigt werden und ggf. eine Änderung der Verträge umfassen.

Folgende Chancen und Risiken würden bestehen:

- Wollen die Europäer in der Welt eine Rolle der Stärke einnehmen?
- Wollen die Europäer mehr Solidarität in der derzeitigen Politik?
- Wollen die Europäer angesichts der neuen Herausforderungen auch eine neue Politik?
- Sind sie bereit, mehr Mittel an die Gemeinschaft zu übertragen?
- Angesichts der Tatsache, dass nicht alle Länder bereit sind, sich auf dem Weg zu einer verstärkten Integration zu engagieren: Welche Länder sind bereit, die bestehende Politik zu vertiefen oder neue Politik zu entwickeln? -

2 – Ein starkes Europa

2.1. Kernkompetenzen vergemeinschaften

Der Misserfolg der EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) 1954 bewirkte, dass Europa sich hauptsächlich auf Wirtschaftspolitik gründete: die GASP, gemeinsamer Markt, Handelspolitik, Euro. Wichtige Themen, die die politische Kohäsion der Union gesichert hätten, wurden ausgespart. Die Europäische Union ist ein [letztendlich] föderalistisches System, das sich auf wesentliche Themen beschränkt, die jedoch (außer der Währung) keine hoheitlichen Fragen berühren. Politik bezüglich Kernkompetenzen, die üblicherweise einer Föderation zugeordnet werden – Verteidigung, Diplomatie, Wirtschaftspolitik –, wurde in einstimmig beschlossener intergouvernementaler Form betrieben oder einfach als koordinierte Politik zwischen Staaten.

Es muss ein Europa aufgebaut werden, dessen Befugnisse das wesentliche Politikfelder betreffen: Wirtschafts-, Haushalts-, Steuer-, Verteidigungs- und Außenpolitik. Diese Befugnisse sind für ein föderal geprägtes Europa unerlässlich, in dem alle oder ein Teil der Mitglieder der Union zusammengeschlossen sind. Die Europäische Bewegung möchte, dass sie wieder ins Zentrum des Projekts Europa gerückt werden.

Durch seine Bevölkerungsgröße und sein wirtschaftliches Gewicht trägt Europa Verantwortung in der Welt. Es steht den großen internationalen Akteuren (Vereinigte Staaten, Russland, Schwellenländer) gegenüber, die Machtstrategien haben. Europa kann bereits Normen festlegen durch seine Handelspolitik, seinen gemeinsamen Markt, seine wettbewerbsorientierte Politik und seine Verteidigung der Menschenrechte. Dies muss es auf andere Handlungsbereiche, insbesondere Politik und Militär, ausdehnen und vor allem seine Möglichkeiten durch politische und militärische Befugnisse ergänzen. Europa ist eine zivile Macht. Um seine Werte und seine Interessen zu verteidigen, muss es als politische Macht Flagge zeigen.

Diskussionspunkt

Ich habe mich mit "Europa der Stärke" stets schwergetan. Dieses Konzept ist in Frankreich sehr beliebt, für unsere Partner allerdings ziemlich unklar. Frankreich will es, so heißt es, aber Frankreich hat kaum irgendwelche Mittel für den Aufbau eines derartigen Europas bereitgestellt. Ich glaube, dass "zu einer besseren Welt beitragen" oder "Werte und Interessen verteidigen" Konzepte sind, die eher akzeptiert werden." (Sylvie Goulard)

"Bauen wir lieber das Konzept der "zivilen Macht" aus, die von amerikanischen Politologen zitierte Soft Power." (François de la Serre)

2.2 Europa – Durchsetzung auf globaler Ebene

Europa muss sich aufstellen, um den vor ihm liegenden Herausforderungen zu trotzen.

Die Union muss einen Ort geben, an dem Zukunftsforschung und Reflexion betrieben werden. An diesem Ort müssen gemeinsame Überlegungen bezüglich der gemeinsamen Interessen der Europäer zusammengeführt sowie zusammen eine gemeinsame Strategie ausgearbeitet werden. Da eine solche Strategie fehlt, ist Europas Gewicht in der sich rasch verstärkenden Globalisierung nach wie vor klein. Die Kommission nimmt diese zukunftsorientierte Rolle nicht mehr ein. Alle Reflexionsgruppen gehen aus dem Europäischen Rat hervor. Zukunftsforschung unter Einbeziehung aller 27 Mitglieder ist jedoch unerlässlich notwendig.

Europa muss eine gemeinsame Politik der Mitgliedsstaaten tragen. Die gesamte aktuelle und künftige gemeinsame Politik muss koordiniert werden, damit Europa seine Interessen und Werte verteidigen und ein globales "Regierungssystem" aufgebaut werden kann. Die Union muss zu ihrer Einheit stehen,

ihre Rolle als global Player erfüllen und sich dazu entschließen, auf internationaler Ebene präsent zu sein. Um in der internationalen Diplomatie zu zählen, kann die Europäische Union nicht auf bewaffnete Kräfte verzichten, die die NATO ergänzen. Die Union muss einen gemeinsamen diplomatischen Dienst und gemeinsame Vertretungen aufbauen.

Die Union steht an einem entscheidenden Zeitpunkt ihrer Geschichte, von dessen Ausgang ihr Weiterbestehen abhängt. Die Tragweite der Herausforderungen, die an die Europäer herangetragen werden, zwingt diese zur Einigung, wenn sie ihre Zukunft meistern wollen. Die Europäische Union darf nicht länger ein Raum der zwischenstaatlichen Koordination sein, sondern sie muss ihre globale Verantwortung akzeptieren [und eine Machtstrategie haben].

2.3 Europa für eine bessere Welt

Eine stärkere weltweite Steuerung muss die Antwort auf die wirtschaftliche, ökologische und demografische Globalisierung sein.

Europa hat einen beispielhaften Integrationsprozess erfolgreich umgesetzt, von dem sich andere regionale Gruppierungen anregen lassen können.

Die Europäische Union und die europäischen Länder müssen ihr Gewicht in den internationalen Organisationen nutzen, um eine friedliche, gerechtere und nachhaltige Welt sowie die Regulierung der globalisierten Wirtschaft und Finanzwelt zu fördern.

Die Union muss die Sprecherin der europäischen Länder sein. Die europäischen Länder müssen schrittweise das Prinzip einer gemeinsamen Vertretung bei der EU und in internationalen Organisationen, insbesondere dem Sicherheitsrat der UNO dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, anwenden.

Eine intensivere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss das diplomatische und militärische Instrument der Union sein, um Konflikten in ihrem Umfeld vorzubeugen und aktiv an den Friedensmissionen der UNO teilzunehmen.

Die Union muss den unterschiedlichen Entwicklungsstand armer Länder bewerten und entsprechende Hilfen vorsehen, um dort einen Mindeststandard in der Gesundheit und der Bildung sicherzustellen. Gemeinsam mit ihren Mitgliedsländern muss sie ihre Verpflichtungen einhalten und die kumulierten Beiträge zur Entwicklungshilfe auf das Niveau von 0,7% des BIP der Union anheben.

Beim Kampf gegen den Klimawandel muss Europa an der Spitze bleiben. Es muss so handeln, dass sich arme Länder aktiv daran beteiligen können und Mittel erhalten, um die Folgen der Klimaerwärmung aufzufangen.

2.4 Die neue Bestimmung der Europäer

Seit ihrer Gründung spricht sich die Europäische Bewegung Frankreich für eine gemeinsame Bestimmung der Europäer aus. Sie soll die Europäer dazu anregen, sich sowohl in Europa selbst als auch bei ihren Interventionen auf internationaler Ebene von Solidarität und Kohäsion leiten zu lassen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es den Europäern bestimmt, auf einem befriedeten Kontinent in Freiheit und Wohlstand zu leben. Durch den Fall der Berliner Mauer und die Befreiung der Länder Mittel- und Osteuropas können sich heute alle Völker Europas in einem gemeinsamen Projekt wiederfinden.

Mit dem Aufkommen der Globalisierung es den Europäern nun bestimmt sein, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit, des Rechts und des Friedens in einer gefährlichen Welt zu schaffen, in der sie Flagge zeigen und zu einer besseren Welt beitragen. Es geht auch darum, seine Wirtschaftsinteressen durch Wettbewerbsfähigkeit in einer immer stärker konkurrierenden Welt zu verteidigen.

Europa kann jedoch auch stagnieren oder auseinanderbrechen. Europa steht an einem Schlüsselmoment seiner Geschichte. Eine neue Bestimmung für die Europäer wird es nur dann geben, wenn sie beschließen, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen.

3. Ein vereinteres Europa im Rahmen des Lissabon-Vertrags

3.1. Ausschöpfen aller Möglichkeiten des Lissabon-Vertrags

Die durch den Lissabon-Vertrag geänderten Verträge bestimmen den Handlungsrahmen der Union. Es wird schwierig sein, institutionelle Veränderungen unter 27 Mitgliedstaaten auszuhandeln, und dies umso mehr als die in Europa vorherrschenden politischen Kräfte der Beschleunigung des Integrationsprozesses negativ gegenüberstehen. Dieser Rahmen bietet jedoch breiten Raum für Entwicklungen.

Beträchtliche demokratische Fortschritte

- Stärkung des Europäischen Parlaments bei der Nominierung des Kommissionspräsidenten, bei Haushaltsvollmachten und der Ausweitung der Mitentscheidung
- Recht auf Bürgerinitiativen
- Grundrechtecharta
- Kontrolle der nationalen Parlamente

Flexibilität hin zu föderaleren Mechanismen

- Entscheidungen mit doppelter Mehrheit im Rat
- Überleitungsklauseln, durch die der Rat bei bestimmten Entscheidungen auf die Einstimmigkeit verzichten kann
- Verstärkte und strukturierte Zusammenarbeit in der Verteidigung
- Modalitäten für die Überarbeitung der Verträge

Neue Handlungsmöglichkeiten

- erleichterte Beschlussfassung im Rat
- gemeinsamer diplomatischer Dienst
- Institutionalisierung der Eurogruppe
- Rechtlicher Rahmen für gemeinwohlorientierte Dienstleistungen
- Neue (Energie, Raumfahrtspolitik) und ausgeweitete (Freiheit, Sicherheit, Recht) Befugnisse
- Bessere Festlegung der jeweiligen Befugnisse der Mitgliedsstaaten
- Rechtspersönlichkeit der Union

Die geänderten Verträge stehen für Fortschritte; all ihre Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um auf dem Weg zu einem integrierteren Europa voranzukommen.

Derzeit ist die Praxis in den Institutionen zu intergouvernemental geprägt.

- Im Europäischen Rat geben die Staaten politische Impulse. Beschlüsse fällen sie im Rat (*Anm.: = Rat der Europäischen Union*), bei denen manchmal die Entscheidungen des Europäischen Rats nicht berücksichtigt werden.
- Derzeit ergreift die Kommission keine Initiativen, die durch den Rat blockiert werden könnten.
- Das Parlament zeigt schrittweise Flagge, hat jedoch seine neuen Befugnisse noch nicht voll genutzt. Seine Mitglieder vertreten zu sehr nationale Interessen.

In der Praxis verlaufen interinstitutionelle Verhandlungen klar zugunsten der Staaten. Alles hängt vom politischen Willen der Entscheidungsträger ab, diese Verhandlungen anders zu führen: Verlagerung ihres Schwerpunkts von einer zu stark intergouvernemental geprägten Form hin zu einer gemeinschaftlichen. Dies setzt voraus, dass die Staaten – oder einige von ihnen - beschließen, den Sprung hin zu integrierten politischen Handlungsformen zu wagen.

3.2. Gemeinschaftliche Institutionen im Dienste der Integration

Die Gemeinschaftsmethode ist der Kern des europäischen Aufbauwerks.

Europa macht dadurch erneut weitere Fortschritte hin zur Integration und starker gemeinsamer Politik, dass es die Arbeit der drei Kerninstitutionen der Union zugunsten der gemeinschaftlichen Politik verbessert und das institutionelle Dreieck zugunsten der Kommission und des Parlaments ausrichtet.

- Aufgrund ihres Vorschlagsrechts muss die Kommission wieder zum Motor der Union werden.
- Der Europäische Rat und der Rat sollten eher auf das Gemeinschaftswohl bedacht sein anstatt nationale Interessen gegeneinander aufzuwiegen.
- Das Parlament muss seine politische Rolle behaupten und die Parlamentarier müssen zugunsten des Gemeinschaftswohls arbeiten. Wenn dem nicht so ist, müssen sie sich vom Einfluss ihres Heimatlandes befreien.
- Der Gerichtshof ist und bleibt ein wesentlicher Faktor für den Fortschritt der Union hin zu einer verstärkten Integration

Die Institutionen müssen zusammenarbeiten und von Persönlichkeiten geleitet werden, die kraft ihres Amtes zu ihrer politischen Dimension stehen. Die Bürger erkennen, dass sie ihr gemeinsames Interesse vertreten.

Die Union funktionierte lange als regulierende Kraft des Binnenmarktes, verwaltete Hilfgelder, stellte Normen auf. Sie wurde für "Schönwetterzeiten" gebaut, muss jedoch immer mehr Krisen trotzen. Sie muss ihre Entscheidungsprozesse effizienter gestalten. Die Union muss darauf vorbereitet sein, ihre Rolle als global Player auszufüllen und sich den großen EU-internen und globalen Fragen zu widmen.

3.3 Umsteuern der Unionspolitik zurück zur Integration

Durch die intergouvernementale Zusammenarbeit konnten Fortschritte erzielt werden (Schengen, Prüm, GSVP), aber einzig die Gemeinschaftsmethode ermöglicht es, das Veto der Staaten zu umgehen und sichert die demokratische Kontrolle durch das Parlament.

Kooperation und Integration bestehen weiterhin nebeneinander. Der derzeit zu beobachtende Trend zur intergouvernementalen Methode muss jedoch gebrochen und die schrittweise Vergemeinschaftung der Politik und der Aktivitäten weiterverfolgt werden. Die Gemeinschaftsmethode muss erneut zur Grundlage des europäischen Aufbauwerks werden.

Die Politik der Union muss sich so entwickeln, dass die Integration gestärkt wird.

- Erweiterte ausschließliche oder geteilte Befugnisse der Union insbesondere in neuen Politikfeldern, um in der Globalisierung zu bestehen, insbesondere Energie und Umwelt; wirklich Politik zur Unterstützung einzelner Schwerpunktbereichen zu betreiben (Industrie, Bildung, Forschung)
- Weniger intergouvernemental geprägte Politik, mehr Politik in Mitentscheidungsverfahren
- Verminderung der Einstimmigkeitsbeschlüsse im Rat (Steuerwesen, Sozialpolitik)
- Ersetzen der einfachen Koordination (Lissabon-Strategie) mit ihrer sehr relativen Effizienz, die durch gegenseitige Beurteilung hätte gesichert werden sollen, durch echte Politik oder gestärkte Mechanismen. Die Ziele der EU-Strategie für 2020 könnten Gesetzeskraft erhalten und aufgewertet werden, um den Staaten einen starken Anreiz zu geben, sie zu erreichen.

Die Herausforderungen von außen sind groß. Die gemeinsame Außenpolitik muss sämtliche bestehenden oder neuen Politikfelder, die eine Außenwirkung haben, koordinieren und miteinander in Einklang bringen.

Es kommt der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (der "Außenministerin") und dem gemeinsamen diplomatischen Dienst zu, die gesamte Arbeit der Union im Hinblick auf die Chancen und Risiken der Globalisierung zu definieren.

Der Politik der Union fehlt es an Koordination und Komplementarität. Damit Europa Sinn und Effizienz vereint, ist es notwendig, die sektorbezogenen Politikfelder zugunsten eines gemeinsamen Projekts besser zu koordinieren.

3.4 Fortschritte beim politischen Europa

Die Umstellungsprozess von einem technischen Europa, das auf der Monnet-Methode beruht, zu einem politischen Europa wurde bereits größtenteils in Gang gesetzt:

- größere Macht des Europäischen Parlaments durch die Umsetzung des Lissabon-Vertrags
- Verpflichtung der Staaten, sich bei Themen abzustimmen, die alle Staaten Europas betreffen (Wirtschafts- und Finanzkrise, Attacken gegen den Euro, Umwelt und Energie...)

Diese Umstellung ist erst dann wirksam, wenn sich die Staaten politisch einigen, die Befugnisse gemeinsam auszuüben, die für ein europäisches Projekt notwendig sind: Verteidigung, Diplomatie, Wirtschaft, Steuerwesen.

Dazu bedarf es Institutionen, die nicht länger den Staaten Vorrang einräumen und ein Gleichgewicht zwischen zwei legitimen Akteuren herbeiführen: dem Volk und den Staaten, die durch das Parlament bzw. den Rat vertreten sind.

4 – Vorarbeiten für ein föderales Europa

4.1. Zur Erinnerung: Wir stehen zur föderalen Perspektive

Die Europäische Bewegung Frankreich steht zu den Zielen der Gründerväter Europas, eine "immer engere Union der Völker Europas" zu schaffen. Dies soll durch eine "europäische Föderation" geschehen, die durch das Volk legitimiert und durch das Parlament vertreten ist, das seinerseits eine Regierung benennt.

Der europäische Integrationsprozess ist deshalb so einzigartig, weil er zwei logische Systeme miteinander verknüpft:

- ein föderales System [oder Integrationssystem], das zur gemeinschaftlichen Dimension der Union führt. Diese beruht auf der Arbeit des institutionellen Dreiecks: Parlament – Rat – Kommission. Auf diesem Prinzip ist die Gemeinschaftspolitik der Union aufgebaut.
- ein konföderales System (oder System der Kooperation), das zur intergouvernementalen Dimension der Union führt, in der der Rat dominiert. Mit den schrittweisen EU-Erweiterungen ist diese Dimension immer wichtiger geworden.

Die Union ist daher weder eine Konföderation noch ein föderaler Staat. Sie ist ein Aufbauwerk sui generis.

Die Entwicklung der Institutionen hin zu mehr Föderalismus ist notwendig, um die EU-Integration zu stärken und um neue Befugnisse zu übernehmen. Die Globalisierung und die Entwicklung der EU im Innern liefern einen weiteren Beweis dafür, wie notwendig ein föderales Europa ist.

Die Einigung eines Kontinents, dessen Länder eine gemeinsame Jahrtausende alte Geschichte teilen und auf eine jeweils unterschiedliche nationale Geschichte zurückblicken, kann nur nach und nach und unter Berücksichtigung der staatlichen Identitäten und Kulturen erfolgen. Die europäische Föderation ist einmalig und niemals identisch mit bestehenden Modellen.

Für die Europäische Bewegung Frankreich ist ein föderales Europa mit allen Ländern der Union das Ziel, das erreicht werden muss. Ein Europa mit 30, vielleicht 35 Ländern in einer föderalen Struktur zu vereinen, ist ein Prozess, der schrittweise vorangeht.

Ein entscheidender Schritt auf diesem Weg ist

- dass sich zunächst eine Gruppe von Staaten freiwillig zusammenschließt, die sich nach und nach auf die gesamte Union erweitern
- dass die Union auf dem Prinzip einer Föderation von Staaten aufbaut, die das institutionelle Dreieck und die Legitimation sowohl durch die Völker als auch die Staaten beibehält

Unter dieser Bedingung kann die Vertiefung der Union umgesetzt werden.

Das föderale Europa muss strategische Befugnisse erhalten (Verteidigung, Diplomatie, Wirtschaft und Steuerwesen), und Beschlüsse müssen mehrheitlich gefasst werden.

Diskussionspunkte

In der Arbeitsgruppe sprachen sich verschiedene Teilnehmer gegen die Bildung einer Gruppe "föderaler" Länder mit der Begründung aus, dass dies "das Auseinanderbrechen der Union" bedeute:

"Nein! Kein Europa der zwei oder mehr Geschwindigkeiten mit Ländern, die nicht von Anfang an in der gleichen Kategorie sind. Vielmehr bestimmte Politikfelder, in denen tatsächlich manche bereit sind, gemeinsam voranzugehen (beispielsweise Energie und Steuerwesen), wie beim Euro und beim Schengen-Raum, also projektbezogen, wie es von Anfang an der Fall war (EKGS)." (Seine Maritime).

"Dieser Punkt ist tatsächlich eine Diskussion wert. Gibt es unter den 27 Mitgliedsstaaten einen einzigen, der sich darauf einließe, in die "zweite Reihe" abgeschoben zu werden? Die Entscheidung für eine Union mit mehreren Geschwindigkeiten wäre schwerfälliger als die für eine Union als Einheit mit differenzierten Politikfeldern." (Joseph Limagne)

"Die Institutionalisierung einer Ländergruppe birgt das Risiko, dass die Union auseinanderbricht: Man kommt bei einer gemeinsamen Politik durch stärkere Kooperation schneller und weiter voran, und nicht dadurch, dass sich eine Ländergruppe auf institutioneller Ebene von den anderen unterscheidet. Zwei Szenarien für ein föderaleres Europa sind möglich:

- Dass sich zunächst eine Staatengruppe freiwillig zusammenfindet und zu hoffen ist, dass sich diese Gruppe nach und nach auf alle Mitgliedsländer der Union ausweitet. Dieses föderale Europa baut auf dem Prinzip einer Föderation von Staaten auf, die das institutionelle Dreieck beibehält und nach wie vor durch die Völker und die Staaten legitimiert ist
- Dass es durch einen europäischen Volksentscheid beschlossen wird, der sich auf die Leitlinien des o.g. Konvents gründet und vom Europäischen Parlament ratifiziert wird." (Christian Philipp)

"Das Problem sind nicht nur die verstärkten "punktuellen" Kooperationen, die im Amsterdamer Vertrag definiert und im Verfassungsvertrag bestätigt sind, sondern auch der "harte Kern" (Jacques Delors' Avantgarde)." (François de la Serre)

"Um akzeptabel und glaubwürdig zu sein, muss sich das föderale Ziel der Europäischen Bewegung Frankreichs auf der Grundlage eines Kreises von "Kernstaaten" herausbilden, die fest entschlossen sind, sich bei politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen stärker zu engagieren." (Gironde).

"Ich denke, dass es sich dabei um ein wichtiges Kernthema in den nächsten Jahren handeln wird. Durch verstärkte Zusammenarbeit können alle nach vorne gebracht werden, ohne dass die am weitesten Fortgeschrittenen entmutigt würden. Dadurch erhielten diejenigen, die momentan zurückliegen, eine Zielvorgabe. Regionale Föderationen [in denen Mitgliedsstaaten in regionalen Untergruppen zusammengefasst werden] in der gesamten EU könnten zweckmäßig sein, um alle einfacher in das föderalistische Prinzip einzubinden." (Jean-Luc Sauron)

"Die Avantgarde ist unauffindbar: keine Verteidigung ohne Großbritannien, das weder den Euro hat noch der Schengen-Zone beigetreten ist oder die Grundrechtecharta ratifiziert hat." (François de la Serre)

Diskussionspunkte

"Der Begriff "Föderation der Staaten" ist dem Begriff "Föderation der Nationalstaaten" vorzuziehen. Niemand bestreitet, dass unsere Staaten Nationen sind (auch wenn es in bestimmten Staaten mehrere Nationen gibt), aber der Begriff "Nation" steht für manche im Gegensatz zum föderalistischen Ideal, selbst wenn er in dem Ausdruck "Föderation von Nationalstaaten" verwendet wird. "

"Das Konzept (erste Fassung, S. 21) einer Föderation der Nationalstaaten sollte unserer Meinung nach beibehalten werden, selbst wenn es offenbar klar dargestellt werden muss. Eine Föderation von Staaten entspricht unserer Auffassung nach nicht der Wirklichkeit in der EU. Das Konzept der Nationen kann man nicht abschaffen. Unsere EU ist nicht mit einer Föderation von Staaten im Stil der USA vergleichbar." (Loiret)

"Föderation der Nationalstaaten." (F. de la Serre)

4.2. Ein integriertes Europa mit "Kernländern", die sich am stärksten für das europäische Aufbauwerk engagieren

Die Differenzierung der Unionspolitik ist Realität: dem Euro, Schengen, dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts haben sich nicht alle Unionsmitglieder angeschlossen.

Die Grenzen, die die Staaten bei der politischen Integration nicht überschreiten wollen, sind klar gesetzt: Der Lissabon-Vertrag behält die Einstimmigkeit im Steuerwesen bei, und in der neuen von der Kommission vorgelegten Strategie Europa 2020 wird nicht empfohlen, mit der intergouvernementalen Koordination der Lissabon-Strategie zu brechen."

Neue Politikfelder mit 27 Mitgliedsstaaten umzusetzen ist kurzfristig schwierig. Dabei muss auch ein "Europa à la carte" durch eine beträchtliche Zunahme der verstärkten Zusammenarbeit vermieden werden, das die Union aufsplittern und durcheinanderbringen würde.

Um ein integrierteres Europa aufzubauen, muss sich eine Gruppe von Ländern bilden, die entschlossen sind, die für die Zukunft der Union entscheidenden strategischen Kompetenzen zu vergemeinschaften.

Der Lissabon-Vertrag beinhaltet neue ehrgeizige Punkte: Energie, Klima, Infrastruktur, Außenbeziehungen, Entwicklungshilfe, Forschung und Entwicklung, Unterstützung von KMU. Eine Lösung zur Klärung der Finanzierungsfrage wäre die "verstärkte Zusammenarbeit bei Haushaltsfragen" (Vorschlag Jean-Pierre Jouyets). Die Euro-Krise hat übrigens zu Konsolidierungsbeschlüssen der Währungsunion geführt: Es wurden der Stabilisierungsfonds für die Eurozone gegründet und die Koordinierung nationaler Haushalte organisiert. Die Notwendigkeit eines "Föderalismus in Haushaltsfragen" wird erwähnt (Jean-Claude Trichet).

Die Europäische Bewegung Frankreich ruft zur Bildung einer Avantgarde um die Eurogruppe auf, die die Koordination der Wirtschaftspolitik, die Konvergenz des Steuerwesens, die Höhe der sozialen Grundsicherung, die Forschung und die Förderung eines neuen Entwicklungsmodells vergemeinschaftet. Neue Befugnisse im Steuer- und Haushaltswesen sind in der Eurozone notwendig.

Anfangs könnte die Vergemeinschaftung neuer Befugnisse im Rahmen des Lissabon-Vertrags durch einen politischen Vertrag vonstatten gehen, gemäß dem Beschlüsse innerhalb der Avantgarde gefasst und anschließend im Rahmen der Unionsverfahren juristisch bestätigt würden. Anschließend würde sich diese Praxis im Wortlaut eines neuen Vertrags widerspiegeln, mit dem die Schaffung eines Kerns von föderal organisierten Ländern juristisch bestätigt würde.

Wie der Euro stünde diese integriertere Union allen Ländern offen, die ihr später beitreten möchten.

Die Schaffung einer Avantgarde würde einen schnelleren und umfassenderen Erweiterungsprozess ermöglichen, ohne dass eine Auflösung der europäischen Ziele zu befürchten wäre.

Diskussionspunkt

"Ehrlich gesagt ist diese Avantgarde der Eurogruppe ganz schön angeschlagen, seitdem die PIGS³ in Gefahr geraten sind. Ich bleibe beim oben beschriebenen Prozess von regionalen Föderationen innerhalb der EU." (Jean-Luc Sauron)

Durch die jüngsten Entwicklungen in der Griechenlandkrise ist die Schaffung einer Avantgarde um die Eurozone wirklich illusorisch geworden, jedenfalls wenigstens für den Augenblick. Natürlich gibt es beim Euro Entwicklungen, aber niemand weiß so recht, in welche Richtung. Die deutsche Position hat sich nur verhärtet, das Schlimmste kann nicht ausgeschlossen werden, wenn sich die Krise verschärft. Ich selbst wäre also sehr zögerlich, diesen Weg weiter zu verfolgen." (Sylvie Goulard).

Diskussionspunkt

Mehrere Bezeichnungen waren für die Gruppe der Länder vorgeschlagen worden, die auf dem Weg zu mehr Integration vorangehen: Europäische Föderation, Europäische Gemeinschaft, Vereinigte Staaten von Europa (s. Kampagne der UEF).

Die Gruppe ist sich bewusst, dass eine Namensfindung sehr nützlich ist; sie hat diese Frage jedoch angesichts der Schwierigkeit der Aufgabe beiseite gelassen.

5 – Der Unionspolitik einen Sinn verleihen

5.1. Ein starkes Europa aufbauen

Wirtschafts- und Steuerpolitik

Eine gemeinsame Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik muss auf die gescheiterte Lissabon-Strategie folgen. Die neue Strategie (Europa 2020) muss auf die offene Koordinationsmethode verzichten, damit eine gemeinsame verpflichtende und nicht nur fördernde Politik entsteht. Sie muss die Wirtschaftsleistung der Union verbessern, die Arbeitslosigkeit zurückdrängen und die Finanzierung der Sozialsysteme sicherstellen, aber auch die Steuer- und Sozialpolitik der Länder in Einklang bringen und Zukunftsinvestitionen tätigen. Sie muss die Staaten koordinieren, um die Krise hinter sich zu lassen und weiteren Krisen vorzubeugen.

Eine Union, die mehr ist als eine Koordinierungsstelle für die Wirtschaftspolitik ihrer Mitgliedsstaaten, muss ein voll handlungsfähiger Wirtschaftsakteur sein durch ein eigenes Budget, gemeinsame Politik und Investitionen in Infrastruktur und Zukunftspolitik (Forschung, Bildung).

Es ist notwendig, die Finanzwelt auf europäischer und globaler Ebene zu regulieren; Europa muss die Wirtschaftspolitik seiner Mitgliedsstaaten koordinieren. Es muss seine Institutionen zur Regulierung des Finanzsektors stärken. Europa kann sich jedoch nicht damit zufrieden geben, beispielhaft und dadurch allein zu handeln und dabei Gefahr zu laufen, von der Wirtschaft schwer abgestraft zu werden. Es muss aktiv international zusammenarbeiten, um Spekulationsblasen und neue Bank- oder Finanzkrisen zu verhindern. Es muss zum Kampf gegen Steuerparadiese sowie gegen diejenigen internationalen Handelsströme beitragen, die sich jedweder Besteuerung entziehen. Es muss eine globale Besteuerung fördern, mit der eine Politik zur Förderung globaler Kollektivgüter finanziert werden kann.

³ Abkürzung für die Länder Portugal, Irland, Griechenland und Spanien

Eine europäische Schuldenagentur ist notwendig, damit die europäischen Länder gemeinsam durch die Emission von Eurobonds Anleihen aufnehmen und zumindest hinsichtlich eines Teils ihrer Schulden von der Schuldnerqualität der Union profitieren können.

Die Europäische Bewegung Frankreich unterstützt den Vorschlag der Internationalen Bewegung vom 11. und 12. Juni 2011 aus Toledo, einen "Hohen Vertreter für Wirtschafts- und Steuerpolitik" zu ernennen, der gleichzeitig die Ämter des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, des Präsidenten des Ecofin und der Eurozone sowie des Vertreters der EU auf internationalen Wirtschaftsforen innehat.

Die Euroländer müssen ihre Volkswirtschaften und ihre Haushaltspolitik koordinieren. Sie müssen sich neue Befugnisse im Steuer- und Haushaltswesen zuerkennen, um ihre Mittel und ihren wirtschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und um zur Lokomotive der europäischen Wirtschaft zu werden.

Außenpolitik

Um ein echter global Player zu werden und sich für ihre politische und wirtschaftliche Position einzusetzen, muss die Europäische Union eine starke gemeinsame Politik betreiben.

Eine echte gemeinsame Verteidigungspolitik, die im Rahmen der NATO und trotzdem autonom betrieben wird, ist eine Bedingung für die Glaubwürdigkeit der Union. Die Union muss insbesondere im Bereich Sicherheit die Verantwortung für die Vorgänge auf dem europäischen Kontinent übernehmen. Ihre gemeinsame Verteidigung muss nicht nur die Teilnahme an UN-Operationen ermöglichen, sondern auch eine Intervention bei Krisen in der Nachbarschaft Europas.

Die Europäer sind durch eine Klausel der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung gebunden, deren menschliche Risiken und Kosten sie auf sich nehmen müssen. Alle Unionsländer müssen zur gemeinsamen Verteidigung beitragen, indem sie ihr einen gewissen, gemeinsam festgelegten Mindestprozentsatz ihres BIP widmen.

Der Europäische Auswärtige Dienst muss den Schutz aller europäischen Bürger überall in der Welt sicherstellen. Er muss die Koordination der gesamten Außenpolitik ermöglichen und den Entscheidungsträgern zur Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Strategie Mittel in die Hand zu geben.

Der Dienst führt Ideen für die Ausarbeitung von europäischer Außenpolitik im Bereich Sicherheit und Krisenbewältigung zusammen. Er muss es ermöglichen, strategische Partnerschaften mit jedem einzelnen großen internationalen Akteur, jedem Land und jeder regionalen Organisation auszuhandeln.

Ein europäischer Zivilschutz würde es ermöglichen, Katastrophen inner- und außerhalb der Union gemeinsam die Stirn zu bieten.

5.2 Bestehende Politik an nachhaltige Entwicklung anpassen

Die Notwendigkeit einer nachhaltigen, ressourcenschonenden, regulierten und gerechteren Entwicklung ist allgemein anerkannt. Die Europäische Union hat kein Modell, das sie anderen auferlegt, sondern muss im Dialog mit anderen Weltregionen eine neue Form der Entwicklung fördern. Sie sollte nicht nur als Beispiel dienen, sondern auch die treibende Kraft für die Veränderung sein. Sie muss als politische und normative Macht erscheinen.

Die Europäische Bewegung Frankreich wünscht sich eine Europäische Union, die in der Welt eine Führungsrolle übernimmt, um folgendes zu fördern:

- eine Wirtschaft, die durch eine Finanzregulierung stabilisiert wird, bei der ihrerseits alle Lehren aus den jüngsten Krisen gezogen wurden
- Schutz des Klimas, der Umwelt und der Ressourcen für künftige Generationen
- eine energieeffiziente und ressourcenschonende Entwicklung

- eine globalen Regierungsführung, die eine gerechte Entwicklung sicherstellt und soziale und ökologische Normen einhält

Die Unionspolitik muss weitergeführt und gestärkt werden und dafür ihre derzeitigen Defizite im Sozialwesen und bei der Solidarität gegenüber Europäern abbauen.

Binnenmarkt

Der Binnenmarkt muss weiter vertieft werden. Er darf jedoch nicht mehr nur der einzige Motor für die zahlreichen Politikfelder der Union sein. Kultur-, Universitäts-, Sozial- und Binnenmigrationspolitik der Union müssen eigene Ziele verfolgen und dürfen künftig nicht nur an den Erfordernissen des Binnenmarktes ausgerichtet sein.

Wettbewerb

Die Wettbewerbspolitik muss von Regeln bezüglich der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und ihrer Finanzierung durch die öffentliche Hand flankiert werden. Sie muss angepasst werden, damit sie nicht im Gegensatz zur Industriepolitik steht.

Euro

Die währungspolitischen Aspekte der Eurozone müssen durch eine Wirtschaftsregierung ergänzt werden: Koordination der Wirtschaftspolitik, Finanzierung von Staatsschulden durch die Emission von europäischen Obligationen, europäischer Währungsfonds, der es ermöglicht, eine strauchelnde nationale Wirtschaft zu unterstützen, neue Vollmachten für den Präsidenten der Eurozone in der Wirtschaft und für die EZB in der Währungspolitik.

Über den laufenden Prozess der Stärkung der Eurogruppe hinaus brauchen wir eine Politik der Veränderung, eine Diplomatie des Euro, die vom Präsidenten der Eurogruppe und dem Wirtschaftskommissar getragen werden.

Der Euro wird schrittweise die allgemein gültige Währung in den europäischen Ländern.

Wirtschaftsregierung

Der wachsende wirtschaftliche Wettbewerb mit allen anderen Regionen der Welt erfordert eine europäische Wirtschaftspolitik, die der Kohäsion der Volkswirtschaften innerhalb der Union (Konvergenz der Wirtschaft, soziale Marktwirtschaft) und der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber allen anderen Ländern der Welt den Vorrang einräumt (Aufholen des Defizits in der Technologie, Stärkung von Industrie und Innovation).

Gemeinsame Landwirtschaftspolitik, Fischerei

Die gemeinsame Landwirtschafts- und die Fischereipolitik müssen neu begründet werden. Dabei sollte ihre Rolle für den Nahrungsmittelbedarf der Europäer hervorgehoben werden; sie sollte jedoch auch zur weltweiten Sicherstellung des Nahrungsmittelbedarfs beitragen. Sie muss die Regulierung der Märkte ermöglichen, die Stabilisierung der Einkünfte der Produzenten, die Wahrung der Umwelt und von Ressourcen sowie nachhaltige Entwicklung und Raumordnung.

Diese Politik darf sich nicht negativ auf arme Länder auswirken.

Strukturfonds

Die Strukturpolitik, die es den am stärksten benachteiligten Regionen ermöglicht aufzuholen, ist das wichtigste Werkzeug der EU, um europäische Solidarität zu zeigen. Sie muss verstärkt werden, um die schwächsten Regionen nicht beiseite zu schieben (Mezzogiorno in Italien). Sie muss durch gezielte Unterstützung für andere Regionen vervollständigt werden, um deren Wettbewerbsfähigkeit und Zugang zu nachhaltiger Entwicklung zu sichern.

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die Einwanderungs- und Asylpolitik müssen sich weiter entwickeln und dabei dem lähmenden Einstimmigkeitsprinzip entzogen werden. Außerdem sollen sie zur Schaffung eines gemeinsamen Lebensraums der Europäer beitragen.

Sie müssen auch die Aufnahme und die Integration von Ausländern gestalten, deren Zuzug vorhersehbar und für die Entwicklung Europas notwendig ist.

Entwicklungshilfe

Die Entwicklungshilfe ist ein wesentliches Element der europäischen Justiz- und Stabilitätspolitik in der Welt. Ein größerer Anteil dieser Hilfe muss vergemeinschaftet werden, damit sie effizienter ist. Sie darf nicht von politischen oder wirtschaftlichen Interessen der Staaten oder der Union geleitet werden.

Die Europäer müssen ihr Versprechen einhalten, 0,7% ihres BIP der öffentlichen Entwicklungshilfe zu widmen. Die Unionspolitik muss insbesondere die Entwicklung des afrikanischen Kontinents ermöglichen, indem sie seine nahrungsmittelerzeugende Landwirtschaft fördert und vorrangig die Gesundheit und Primärbildung unterstützt. Die laufenden Verhandlungen zum Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft (WPA) mit den armen Ländern dürfen nicht zu Rückschritten im Vergleich zu früheren Abkommen führen.

Kultur, Bildung

Kultur und Austausch müssen in der Union weiterentwickelt werden, um zum Erwerb transeuropäischer Kompetenzen und zur persönlichen Entwicklung, aber auch zur Herausbildung einer europäischen Gesellschaft beizutragen. Die Bildungspolitik der Union sollte zwei Ziele verfolgen: die Anhebung des allgemeinen Niveaus in der beruflichen und allgemeinen Bildung und den Erwerb einer gemeinsamen kulturellen Basis. Ebenso muss die Gründung einer oder mehrerer europäischer Universitäten in Betracht gezogen werden.

5.3 Neue Politik angesichts der Chancen und Risiken des 21. Jahrhunderts

Sozialpolitik

Die Sozialpolitik muss im Hinblick auf einen künftigen transnationalen sozialen Dialog gestärkt werden, der sich an die Realitäten des Binnenmarktes und der Globalisierung anpasst.

Die sozialen Sicherungssysteme (soziale Grundsicherung, Rente, Arbeitslosenversicherung...) fallen auch in Zukunft in den staatlichen Bereich. Aus zwei Gründen ist es jedoch notwendig, die sozialen Garantien für die europäischen Bürger einander anzunähern, ohne jedoch den Schutz der günstigsten nationalen Systeme einzuschränken: um Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt aufzuheben und um den Rückhalt der Bürger für ein gerechteres europäisches System zu bekommen.

Dieses Ziel könnte durch die Umsetzung eines Prozesses – beispielsweise im Rahmen der Strategie Europa 2020 – erreicht werden, der zu einer schrittweisen Angleichung der Minimalleistungen gemäß einer Kriterienliste für Sozialleistungen führt, ohne dass die am weitesten fortgeschrittenen Systeme Abstriche machen müssten.

Diskussionspunkt

"Der soziale Bereich ist am problematischsten. Das Wort "Harmonisierung" muss daraus verbannt und ein kongruenter Ansatz entwickelt werden. Es handelt sich um eines der doppeldeutigsten Arbeitsfelder in den kommenden Jahren." (Jean-Luc Sauron)

"Was die soziale Konvergenz betrifft: Es ist schwer zu sagen, in welche Richtung man sich angleichen sollte, wenn dies das Ziel ist. Für manche unserer Partner ist das "französische Modell" beispielsweise

nicht finanzierbar; die skandinavischen Systeme aus ihrem kulturellen Zusammenhang heraus auf andere zu übertragen, ist heikel usw." (Sylvie Goulard)

"Dass eine Konvergenz der sozialen Sicherungssysteme notwendig ist, scheint uns ein wichtiger und entscheidender Punkt für einen Fortschritt hin zu einem sozialen Europa zu sein, das wir fördern möchten." (Loiret)

Die Chancen und Risiken für die Erde bei der Suche nach einer neuen emissionsarmen Wirtschaft erfordern eine neue europäische Strategie und neue Politik in den Bereichen Energie, Umwelt, Forschung und Industrie.

Energie

Die Energiepolitik muss den Energieverbrauch drosseln, die erneuerbaren Energien u.a. durch Forschung voranbringen und den CO₂-Ausstoß in die Atmosphäre in den Grenzen reduzieren, die sie sich gesetzt hat. Außerdem zielt sie darauf ab, Energiemärkte und Energie-Solidarität der europäischen Länder zu schaffen, indem sie die Strom-, Gas- und Ölnetze verbindet. Sie muss auch die Verbraucherländer im Hinblick auf die Lieferländer zusammenbringen und Energielieferungen zu den günstigsten Bedingungen aushandeln und die Diversifizierung der Lieferländer voranbringen, um die Energieabhängigkeit jedes einzelnen Landes und der Union als Ganzes zu vermindern.

Die europäische Energiepolitik könnte in Form einer Energiegemeinschaft gemäß dem Beispiel der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) betrieben werden, mit der das europäische Aufbauwerk begann.

Umwelt

Veränderungen in der Entwicklung rechtfertigen eine starke gemeinsame Umweltpolitik, die sich dem Kampf gegen den Ausstoß von Treibhausgasen, der Energieeffizienz, chemischen Risiken und der Bewahrung der Biodiversität widmet.

Forschung

Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft erfordert verstärkte Forschungsanstrengungen. Diese müssen stark ausgebaut werden, um den Rückstand zu den USA aufzuholen und nicht binnen kurzem von den Schwellenländern überholt zu werden. Die Investitionen der Europäer in die Forschung von 2% auf 3% des BIP müssen im Rahmen einer gemeinsamen Politik erhöht werden, und zwar durch den Transfer eines wachsenden Anteils der Forschungsgelder der Mitgliedsstaaten nach Brüssel.

Industrie

In die Forschung und Industrie der Zukunft muss investiert werden, gleichzeitig jedoch eine Industriestruktur in Europa erhalten werden, wenn notwendig auch durch öffentliche Interventionen in den Bereichen, die für die wirtschaftliche Zukunft Europas wichtig sind. Eine europäische Industriepolitik besteht auch aus der Entwicklung großer Projekte und strategischer Wirtschaftsbereiche. Diese müssen gegen eine Kontrollübernahme durch außereuropäische Akteure geschützt werden. Dabei kann es sich um Unternehmen handeln, die zur Sicherheit, zur Energieversorgung oder zu öffentlichen Dienstleistungen beitragen oder sensible Technologien entwickeln.

5.4 Politik, die der Bürger versteht

Die immer zahlreicheren Themenfelder, in die die Union eingreift, und die Tatsache, dass sie sowohl in grundlegenden Bereichen als auch in Detailfragen des täglichen Lebens agiert, nähren bei den Bürgern einen Eindruck von Komplexität bzw. ein Gefühl der Verwirrung. Die jeweiligen Befugnisse der Staaten und der Union müssen geklärt werden, damit die Bürger sie verstehen können und der Eindruck schwindet, die Union kümmere sich um alles, ohne demokratisch kontrolliert zu werden.

Der Aufbau des Binnenmarkts rechtfertigt zwar eine manchmal detaillierte Normierung der zwischen den Staaten ausgetauschten Produkte. Die Öffentlichkeit nimmt diese Normierung allerdings nicht mehr länger hin, wenn es sich um zweitrangige Themen handelt oder wenn die Normen, die für die Industrie entwickelt wurden, mit den kulturellen Gebräuchen und Traditionen nicht in Einklang stehen. Die Unionspolitik darf nicht unnötig Uniformität und den Verzicht auf nationale oder lokale Besonderheiten von oben verordnen. Sie muss die verschiedenen Kulturen in Europa und die Unionsdevise "Einhalt in der Vielfalt" respektieren.

6 – Finanzmittel, die den Ambitionen gerecht werden

6.1. Eigenmittel

Für die Union müssen dringend Eigenmittel geschaffen werden. Dadurch könnte die Union sich von der Forderung der Staaten nach einem "gerechten Rückfluss" freimachen, und es gäbe vor der Umsetzung jeder neuen Maßnahme mit den Staaten keine Kuhhändler mehr über die Aufteilung der Finanzen. Diese Mittel könnten beispielsweise aus der Zuweisung eines größeren Teils der Mehrwertsteuer an das EU-Budget kommen, oder aus der Besteuerung von Finanztransaktionen oder dem Erlös aus dem Verkauf von CO₂-Emissionsrechten.

Langfristig wird eine europäische Steuer notwendig sein, die durch eine Senkung der nationalen Steuern ausgeglichen wird. Sie hätte den Vorteil, dass eine unentbehrliche Verbindung zwischen jedem Bürger und den Institutionen geschaffen würde. Gekoppelt mit den neuen Haushaltsbefugnissen des Parlaments wird die Steuer zu einem Trumpf der Bürger und bringt ihre stärkere Einbeziehung in das politische Leben der Union mit sich.

6.2 Ein höherer Haushalt

Die Definition einer neuen Politik erfordert auch neue Haushaltsmittel. Es ist illusorisch, ein starkes Europa mit einem Budget in der Größenordnung von 1% des BIP aufbauen zu wollen.

Der Haushalt muss für die Weiterentwicklung der bestehenden Politik und die Entwicklung neuer Politik verhältnismäßig stark erhöht werden. Der Verkaufserlös von CO₂-Emissionsrechten (Verkauf durch die EU) und/oder die Steuer auf Kohlendioxidemissionen ("CO₂-Steuern") könnten dazu beitragen und dem Haushalt oder der Umweltpolitik der Union zugeschlagen werden.

6.3 Investitionskredite aufnehmen können

Investitionsprogramme insbesondere in Infrastruktur der Union müssen durch Kredite oder die Ausgabe von Euroobligationen oder Eurobonds finanziert werden. Wenn die Union anstelle der einzelnen Staaten Kredite aufnähme, könnte eine echte gemeinsame europäische Investitionspolitik zu geringeren Kosten finanziert und die Solidarität in Europa gestärkt werden.

7. Ein Europa, das zusammenführt

7.1 Gemeinsame Werte

Die Union gründet sich auf die Werte Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie auf den Rechtsstaat.

Die Achtung der Menschenrechte in Europa ist erforderlich, um den Kampf Europas zu legitimieren, diesen Rechten universal Geltung zu verschaffen. Die Union, die durch den Lissabon-Vertrag endlich eine Rechtspersönlichkeit erhalten hat, muss der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten.

Die Menschenrechte sind und bleiben ein Element, das die Innen- und Außenpolitik der Union antreibt. Europäische Bewegung – Frankreich – Arbeitsgruppe "Europa wie wir es wollen", 2. Fassung des 28 Berichts

Durch ihre Nachbarschaftspolitik engagiert sich die Union für die Stabilisierung ihres Umfelds und für die Förderung ihrer Werte in diesen Regionen.

7.2 Entstehen einer europäischen Gesellschaft

Die Europäische Union hat ihren Bürgern zu einem Raum des freien Verkehrs, der Niederlassungsfreiheit und der freien Wahl des Arbeitslandes verholfen. Durch diese Freiheiten und ihre Folgen entsteht eine europäische Gesellschaft, wozu auch gemischtnationale Ehen europäischer Bürger zählen.

Europa braucht jedoch lange, um sich zu einem gemeinsamen Lebensraum der Europäer zu entwickeln. Die europäische Politik muss alle Hindernisse für die Bewegungsfreiheit der Europäer in der Union, für Austauschmaßnahmen oder für das gemeinsame Leben von Europäern unterschiedlicher Staatsangehörigkeit beseitigen.

Dafür muss man die bestehende Gesetzgebung anwenden und verbessern sowie den europäischen Raum der Sicherheit und des Rechts weiterentwickeln.

Der Austausch zwischen Bürgern und Mitgliedsländern muss gefördert werden durch:

- Partnerschaften zwischen "alten" und "neuen" EU-Ländern und Regionen
- Unterstützung der Mobilität junger Menschen (Schüler, Studenten und Beschäftigte) nach dem Muster des DFJW und seinem Beitrag für die Annäherung der Deutschen und Franzosen
- Weiterentwicklung von Programmen wie ERASMUS für Studenten und Angebot an alle Jugendlichen, die dies wünschen, einen europäischen Freiwilligendienst abzuleisten
- Unterstützung der Mobilität von Kulturvereinen, so dass europäische Bürger aller Altersstufen zusammentreffen können

Wenn sich Europäer besser gegenseitig kennenlernen und sich Austauschmaßnahmen vervielfachen, kann sich nach und nach eine europäische Gesellschaft entwickeln.

7.3 Eine europäische Kultur

Europa hat eine Seele, nämlich seine Kultur.

Kultur wird oft als nationale Angelegenheit präsentiert; Kunst, Musik, Architektur, Malerei und Literatur sind jedoch das Ergebnis eines Jahrhunderte währenden Austauschs zwischen Künstlern und Denkern des Kontinents. Sie ist ein Erbe der Europäer geworden.

Diese Kultur darf nicht nur in ihrer wirtschaftlichen Dimension gefördert und bewahrt werden, sondern muss auch als Mittel der Selbstverwirklichung und der Identität der Europäer unterstützt werden.

Die Europäer teilen eine lange gemeinsame Geschichte mit ihrem Reichtum und ihren dunklen Zeiten.

Damit die Europäer ein politisches Projekt Europa unterstützen, muss eine gemeinsame kulturelle Basis geschaffen werden. Europäische Geschichte, europäische Kultur und europäische Staatsbürgerkunde müssen als Ergänzung zur jeweiligen nationalen Kultur gelehrt werden. Diese Bildung für Europa muss auch von interkultureller Bildung und der Durchführung von Projekten mit europäischer Dimension in einem europäischen Rahmen begleitet werden.

Die weit verbreitete Verwendung des Englischen darf unseren Kulturaustausch nicht ärmer machen. Der "Anglifizierung" muss Einhalt geboten werden, Englisch muss aber als grundsätzliches Kommunikationsmittel ein Lehrfach bleiben und durch systematischen Unterricht in zwei weiteren lebenden Sprachen, darunter wenigstens eine europäische, ergänzt werden.

Die Möglichkeiten der Europäer, an Austauschmaßnahmen teilzunehmen und zu reisen, müssen vervielfacht werden, insbesondere wenn echte pädagogische Projekte mit Partnern aus mehreren Ländern durchgeführt werden.

Öffentliche Medien, die sich an alle Europäer wenden und neue Kommunikationstechniken verwenden, müssen von der Union finanziert werden.

Diskussionspunkt

"Ich bin vorsichtig bei prinzipiell schönen, aber nicht sonderlich lebensfähigen Petitionen - "europäische Medien müssen sich herausbilden". Die Medien sind aufgrund der Internet-Technologie in einer Krise und die Kulturräume sind größtenteils voneinander abgetrennt; wir müssen zeigen, dass wir dies auch wahrgenommen haben." (Sylvie Goulard)

"Ich plädiere nicht für ein offizielles Fernsehen, sondern für eine Umfrage bei den jeweiligen nationalen Medienvertretern, um ein gemeinsames Instrument zusätzlich zu ihren nationalen Organisationen zu schaffen." Christian Phillip

Wir können, wie in allen Ländern, auf unseren Euro-Noten die Gesichter unserer europäischen Denker und Künstler darstellen.

Europa ist mit seiner Kultur und seiner kulturellen Vielfalt verbunden und muss auf die kulturelle Vielfalt in der Welt hinarbeiten.

7.4 Zugehörigkeitsgefühl

Europa kann keinen neuen Schwung bekommen, wenn nicht gleichzeitig bei den Bürgern der Union ein Zugehörigkeitsgefühl, eine Identität, ein Bürgersinn entsteht.

Um ihren Rückhalt zurückzugewinnen, muss man den Bürgern ein gemeinsames Projekt anbieten, das auf ihre wirtschaftlichen und sozialen Befürchtungen eingeht und auf Fragen im Zusammenhang mit der Globalisierung.

Bei den Bürgern muss ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft gefestigt werden, die eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte hat. Dafür muss dem Projekt Europa eine kulturelle und Bildungsdimension verliehen werden.

Die Symbole Europas müssen wieder zu Ehren kommen. Frankreich muss das Protokoll über die Symbole im Anhang zum Lissabon-Vertrag unterzeichnen.

Bei der Achtung der europäischen Prinzipien der Menschenwürde, des individuellen Rechts auf Entfaltung, der Solidarität und des "Non-Kommunitarismus" muss gleichzeitig die jeweilige nationale Individualität gemäß des Prinzips der "Einheit in der Vielfalt" berücksichtigt werden.

Das Zugehörigkeitsgefühl zur Union ist eine Bedingung, um die europäische Bürgerschaft aufleben zu lassen. Durch die Stärkung der europäischen Bürgerschaft und das Streben nach gemeinsamen Zielen bildet sich nach und nach ein europäisches Volk heraus.

Die Zustimmung der europäischen Bürger zu einem institutionellen und politischen Europa erfordert politischere und demokratischere Institutionen, die für so viele Bürger wie möglich zugänglich und verständlich sein müssen. Sie erfordert außerdem, dass mit einem Europa ohne klare Konturen und ohne klar definiertes Territorium Schluss gemacht wird.

7.5 Hin zu einem europäischen Volk

Das Projekt Europa wird mit der Herausbildung eines europäischen Volks gestärkt, d.h. Bürger, die das gleiche gemeinsame Projekt unterstützen und die durch ihren Bürgersinn Mehrheitsbeschlüsse fassen können. Umgekehrt formiert sich das europäische Volk um ein Projekt herum.

Ein europäisches Volk, eine europäische Nation entsteht durch

- die Ausarbeitung eines Projekts, das auf die wirtschaftlichen und sozialen Anliegen der Bürger eingeht und das auf die Fragen im Zusammenhang mit der Globalisierung eine Antwort hat
- die Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls des Bürgers zu einer Gemeinschaft, die eine gemeinsame Geschichte und Kultur hat sowie die Werte Freiheit und Demokratie teilt
- die Stärkung der Bürgerschaft, d.h. der Verbindung zwischen dem Bürger und seinen Institutionen
- das Aufkommen transnationaler politischer Parteien, die ihre europäische Ausrichtung auf dem gesamten Unionsgebiet vertreten

8. Europa der Zukunft

8.1. Die EU gegen eine unbeschränkte Ausweitung ihrer Grenzen

Die Union wird sich unweigerlich um die Balkanländer und vielleicht um die nordischen Länder (Island, Norwegen) oder Richtung Osten (Türkei, Ukraine) erweitern. Diese Erweiterungsbewegungen brauchen in manchen Fällen Zeit, um Schwierigkeiten hinsichtlich unterschiedlicher politischer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung im Vergleich zu den Mitgliedsstaaten beizulegen. Selbst wenn die Erweiterungsperspektiven noch weit weg sind, lassen sie das Projekt Europa in den Augen des Bürgers verschwommen erscheinen.

Die zu rasch vorangetriebene Erweiterung auf 27 Staaten hat das Projekt einer politischen Union gefährdet. Die Europäische Union muss ihren Erweiterungsprozess beherrschen und dabei künftige Erweiterungen der Vertiefung ihres Projekts unterordnen; die neuen Mitgliedsländer müssen die Vertiefung akzeptieren.

Die definitiven Grenzen der europäischen Union müssen grundsätzlich festgelegt werden. Dies ist notwendig, um eine Union ohne fest definiertes Territorium zu vermeiden und damit sich eine europäische Identität herausbilden kann. So können auch vergebliche Beitritts Hoffnungen von Ländern vermieden werden, die außerhalb der definitiven EU-Grenzen liegen. Diese Grenzen müssen unter Einbeziehung der Geschichte der Europäer und der Geografie Europas festgelegt werden. Die Länder, die an den natürlichen Grenzen des Kontinents liegen (am Atlantik, am Mittelmeer, der Linie Ostsee-Schwarzes Meer) sind dazu berufen, zur Union zu gehören; die Frage der Gebiete im Osten der Union bleibt offen (Türkei, Moldawien, Ukraine, Weißrussland); diese Länder sollten entweder durch Beitritt oder durch andere Formen der Teilhabe in eine dauerhafte geopolitische Allianz eingebunden werden.

Diskussionspunkte

Der Gedanke, die Grenzen der Union von vornherein festzulegen, stößt auf kleinere Einwände:

- "Das darf nicht wie eine Abschottung aussehen."
- "Der Gedanke, sich auf die Geschichte und die Geografie zu gründen, scheint unscharf zu sein. In einem einzigen Beitrag wird eine Union erwähnt, die im Osten über die Türkei, die Ukraine, Moldawien und Weißrussland hinausgeht, und nirgends ist eine Union erwähnt, die im Süden über das Mittelmeer hinausgeht."

"NEIN!!! Lassen wir die Staaten, die dies möchten, ihren Wunsch ausdrücken, das Schicksal der EU, ihre Werte, ihre Ambitionen und ihre Herausforderungen zu teilen. Sehen wir dann, in welchen

schrittweisen Etappen diese Annäherung vernünftigerweise geschehen kann." (Seine Maritime)

"Reden wir lieber von einer Europäischen Union, die ihren Erweiterungsprozess meistert. Verleihen wir mit einigen konkreten Projekten dem europäischen Aufbauwerk neuen Schwung, geben wir den europäischen Bürgern neues Vertrauen, finden wir zu einer neuen Dynamik. Dann wird es auch möglich sein, das Projekt Europa zu skizzieren, das gemeinsame Ziel, nach dem wir uns ausstrecken. Die Kandidaten (Türkei, Norwegen, die Ukraine... und warum in 50 Jahren nicht auch Russland, wer weiß das schon?) müssen dieses Ziel formal unterstützen, um der EU beizutreten. Die Kopenhagener Konvergenzkriterien müssen überarbeitet und vor allem vervollständigt werden. So besteht tatsächlich kein Risiko für eine Auflösung der EU." (Yveline – Le Chesnay)

Die EU Mitgliedsländer haben jedoch ganz unterschiedliche Interessen und Konzepte für die Union. Dies verhindert eine Übereinstimmung in dieser hochpolitischen Debatte. Die Gründung einer Ländergruppe, die innerhalb der EU ein integrierteres Europa bildet, würde einen rascheren Erweiterungsprozess ermöglichen, ohne dass ein Zerfall des ehrgeizigen Projekts Europa zu befürchten wäre. Dies ist die Bedingung für die Zustimmung zur Festlegung der Unionsgrenzen.

Die Europäische Bewegung Frankreich ist dem Gedanken eines integrierten und politischen Europas verbunden, das in der Welt Flagge zeigen kann. Daher muss im europäischen Aufbauprozess der Vertiefung Europas durch die Schaffung eines integrierteren Kerns Vorrang eingeräumt werden. Unter dieser Bedingung kann Europa seine Erweiterung vornehmen.

Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und die Aufnahmefähigkeit der Union sind für jedes Beitritts-gesuch unabdingbar, jedoch nicht ausreichend. Die Aufnahme eines neuen Mitglieds ist ein politischer Akt, der allein von den Mitgliedsstaaten abhängt. Ein Beitrittsversprechen darf nicht als außenpolitisches Instrument genutzt werden.

8.2 Eine Verfassung

Die Europäische Bewegung Frankreich ist der Ansicht, dass es für eine integriertere und politischere Union nützlich [notwendig] wäre, sich eine Verfassung zu geben, die sich auf die Ziele, Werte sowie Regelungen für die Organisation und Arbeitsweise der Union beschränkte; hierbei handelt es sich nur um eine langfristige Perspektive.

Diskussionspunkt

"Ich hege gegenüber dem Gedanken große Vorbehalte, zu gegebener Zeit zu erwähnen, wie notwendig es ist, dass sich die EU eine Verfassung geben sollte." (Elvire Fabry)

In der Zwischenzeit sind Änderungen der Verträge notwendig, um

- Revisionsmodalitäten für die Verträge zu erhalten mit einer Regelung, dass Verträge mit einer Mehrheit ratifiziert werden können, ohne dass alle Staaten zu einer Ratifizierung verpflichtet wären
- die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der Verträge zu ermöglichen, indem die Entscheidungen im Rat und im Parlament den Mitgliedern dieser Gremien vorbehalten bleiben

III Vorschläge: neuer Schwung für Europa

Die Europäische Bewegung Frankreich unterbreitet Vorschläge, wie kurzfristig Fortschritte auf dem Weg zu "Europa wie wir es wollen" gemacht werden können.

1. Vorschläge an die Europäer

1.1. Einsetzung eines Konvents zum Projekt Europa

Einberufung eines Konvents mit dem Ziel, in einer neuen Phase des europäischen Aufbauwerks Orientierung zu bieten.

Da die internationalen Gegebenheiten sich grundlegend weiterentwickelt haben, haben sich neue Chancen und Risiken für Europa herausgebildet.

Die öffentliche Meinung entwickelt sich weiter und steht bei manchen Politikfeldern neuen Befugnissen für die Union offener gegenüber als nationale Entscheidungsträger.

Der Konvent

- würde Europa- und nationale Abgeordnete, Vertreter der europäischen Institutionen, der Staaten und der Zivilgesellschaft zusammenführen; seine Zusammensetzung würde eventuell derjenigen, die in den Verträgen vorgesehen ist, angepasst
- stünde für Bürgerbeteiligung weit offen
- würde sich auf prioritäre Themen konzentrieren: Energie, Euro, Einwanderung, GASP, Klima, Entwicklung, Unionsmittel
- würde es ermöglichen, die Länder zu bestimmen, die bereit wären, neue Befugnisse zu vergemeinschaften
- würde mit einem Zeitlimit arbeiten (vor 2014, so dass die politischen Parteien Europas sich vor den Wahlen in die Thematik einarbeiten könnten); ebenso wäre sichergestellt, dass die Ergebnisse in die Politik einfließen und ggf. die Verträge geändert werden

Die folgenden Vorschläge – 1.2 bis 1.6 – überschneiden sich stark. Ihnen liegt die Annahme des Prinzips der "EU-Vertiefung in zwei Kreisen" zugrunde: eine Gruppe, die aus den Euro-Ländern oder aus dem Umfeld der Euro-Länder besteht, die rascher voranschreiten, und die anderen Mitgliedsstaaten, die dazu aufgerufen sind, sich dieser Gruppe früher oder später anzuschließen.

1.2 Neubegründung der Eurozone

Die Griechenland-Krise brachte die Unzulänglichkeiten der Eurozone an den Tag. Darüber hinaus braucht die Union eine neue wirtschaftliche Dynamik, in deren Zentrum die Eurozone stehen muss.

Zwei Etappen können vorgeschlagen werden:

- Eine Etappe mit gleich bleibenden Verträgen
- Einführung von Koordinationsmechanismen für die jeweilige Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten
- Gründung einer europäischen Schuldenagentur mit dem Auftrag, durch die Ausgabe europäischer Obligationen die Schulden der Mitgliedsstaaten der Eurozone und die großen, von der EU beschlossenen Investitionen zu finanzieren
- Schaffung eines Interventionsmechanismus, etwa eines "Europäischen Währungsfonds", um ggf. bei Schwierigkeiten eines Euro-Mitgliedslands unterstützend einzugreifen
- Vertretung der Eurozone bei internationalen Institutionen und internationalen Verhandlungen durch einen einzigen Repräsentanten
- ein Sekretariat der Eurozone

Darüber hinaus ist ein neuer Vertrag notwendig sowie schrittweise

- die Einsetzung einer Wirtschaftsregierung in einem gemeinsamen Entscheidungsprozess, z.B. ein hoher Vertreter für Wirtschaftsfragen, der gleichzeitig Mitglied des Rates und Vizepräsident der Kommission ist. Er ist ebenfalls Beauftragter für Wirtschaftsfragen und für die Wechsellpolitik des Euros (in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank) sowie bei internationalen Verhandlungen, die die gemeinsame Währung betreffen.

- Schaffung eines europäischen Währungsfonds
- Möglichkeiten der EU, Kredite aufzunehmen
- Satzungsänderung der EZB, so dass sie auch andere Ziele als die Inflationsbekämpfung verfolgen darf und neue Interventionswerkzeuge erhält (Möglichkeit, Staatsschulden zurückzukaufen)
- neue Befugnisse, die eine Politik steuerlicher und sozialer Konvergenz in der Union ermöglichen

1.3 Eine gemeinsame Wirtschaftsstrategie

Die Europäische Bewegung Frankreich wünscht eine Strategie Europa 2020, die den makroökonomischen Chancen und Risiken der Union entspricht: Behauptung von Europas Platz in der Welt und gesicherte Finanzierung seines Gesellschaftsmodells.

- Eine gemeinsame makroökonomische Strategie, die von der Kommission unter Beteiligung des Parlaments, des Rats und der nationalen Parlamente entworfen wurde (Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Wechselkurse, Wiederherstellung der öffentlichen Finanzen, Investitionen in den Bereichen Wissen, europäische Netze, Überalterung...)
- Mechanismen zur Förderung der Aktivitäten von Staaten, Regionen und Gebietskörperschaften, die von der Kommission überwacht werden und an die Stelle der "offenen Koordinationsmethode" treten
- eine aktive Rolle der Union in der europäischen Wirtschaft durch ihre Strukturfonds, ihre Forschungs- und Investitionsprogramme, ihre Energie-, Umwelt- und Industriepolitik, Finanzperspektiven und einen Unionshaushalt; sämtlich so gestaltet, dass sie die jeweilige nationale Wirtschaftspolitik unterstützen

Eine gestärkte, wirtschaftlich kohärente Eurozone wäre ein starker Zugfaktor für die gesamte Union.

1.4 Prozess der steuerlichen und sozialen Kohäsion

Die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Prioritäten zwischen dem Markt und sozialen Fragen ist eine wichtige Bedingung, damit die Bürger das Projekt Europa unterstützen. Die Ressourcen der Staaten werden durch den steuerlichen Wettbewerb der Staaten beschnitten. Der Binnenmarkt selbst wird durch die unterschiedlichen fiskalischen und sozialen Vorschriften in den Staaten verfälscht.

Im Rahmen von Europa 2020 sollte beispielsweise ein verbindlicher Prozess umgesetzt werden, durch den die Steuer- und Sozialsysteme ohne Abstriche bei den vorteilhaftesten Systemen schrittweise angeglichen werden. Ziel ist es, die Kohäsion der europäischen Gesellschaft und der europäischen Wirtschaft zu stärken.

- Harmonisierung der Steuergrundlage und schrittweise Angleichung der Steuersätze
- schrittweise Angleichung der Mindeststandards in den Sozialsystemen gemäß einer Kriterienliste; keine Abstriche bei den umfassendsten Sozialsystemen

Wenn sich herausstellt, dass diese Strategie von 27 Mitgliedern nicht umgesetzt werden kann, könnte sie ein Thema für die verstärkte Zusammenarbeit sein.

1.5 Europas Wissensrückstand aufholen

Im Rahmen der Lissabon-Strategie ist es nicht gelungen, den Anteil des BIP der Union für die Forschung auf 3% zu steigern. Europas Investitionsrückstand in der Forschung aufzuholen ist dringend erforderlich, um das technologische Defizit Europas auszugleichen und Europas Entwicklung ressourcen- und umweltschonender zu gestalten.

Eine gemeinsame Anstrengung der Europäer mit einer Erhöhung der Gemeinschaftsmittel für die Forschung ist notwendig, so dass in einigen Jahren der Satz von 3% des BIP durch die kumulierten Mittel der Union, der Staaten und der Privatwirtschaft erreicht werden kann.

1.6 Eine europäische Energiegemeinschaft

Markt und Wettbewerb allein reichen nicht aus, um unsere Energiesicherheit oder den Fortschritt hin zu einer energiesparenden Wirtschaft zu steuern. Im Einklang mit Jacques Delors' Vorschlägen wünscht die Europäische Bewegung Frankreich eine europäische Energiegemeinschaft, die sich auf einen starken politischen Willen gründet, wenn nötig durch einen neuen Vertrag und im Rahmen verstärkter Zusammenarbeit. Sie würde auf drei Säulen beruhen:

- einem umfangreichen Haushalt für Forschung und Entwicklung sowie Unterstützungsmechanismen und Mechanismen für finanzielle Solidarität
- Investitionen in europäische Energienetze und ihre effiziente Verbindung
- eine Energieversorgungsagentur, die für die Gemeinschaft Gas und Öl einkauft, um attraktivere Preise zu erzielen und den Zusammenhalt der Europäer angesichts der strategischen Chancen und Risiken zu sichern

Diese europäische Energiegemeinschaft erfordert eine Änderung der Verträge.

1.7 Eine gemeinsame Einwanderungs- und Demografiepolitik

Die Einwanderungs- und Asylpolitik kommt der Notwendigkeit nach, die Wanderungsströme und die Aufnahme politischer Flüchtlinge zu lenken. Die Union ist jedoch mit einer stagnierenden Bevölkerungsentwicklung konfrontiert, die ihr Wirtschaftswachstum, ihre sozialen Sicherungssysteme, die Steuerung der Wanderungsströme und Europas Platz in der Welt bedroht.

Die derzeitige Einwanderungs- und Asylpolitik muss durch eine gemeinsame Einwanderungs- und Demographiepolitik ergänzt werden, die unseren langfristigen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und strategischen Interessen gerecht wird. Gleichzeitig müssen die Einwanderer wirtschaftlich und kulturell eingegliedert sowie ihre Rechte geachtet werden.

Diese Politik kann folgendes umfassen:

- die Eingliederung in die Strategie Europa 2020
- die Festlegung gemeinsamer politischer Ziele, mittelfristig die Einwanderung sowie die Integration der Einwanderer zu steigern

1.8 Erhöhung der Unionsmittel

Die Mittel der Union müssen festgelegt werden, damit sie ihren neuen Befugnissen und ihrer neuen Politik gerecht werden.

Es ist

- notwendig, eine Agenda aufzustellen, durch die man sich auf die Prioritäten der Union und die Umsetzung einer neuen Politik einigen kann (insbesondere die neuen Anforderungen aus dem Lissabon-Vertrag, Energie, Klima, Infrastruktur, Außenbeziehungen, Entwicklungshilfe, Forschung und Entwicklung, Unterstützung der KMU...), bevor Haushaltsperspektiven diskutiert werden
- nicht auszuschließen, den Unionshaushalt rasch auf 1,24% des BIP der Union zu erhöhen und diese Schwelle bei den nächsten Haushaltsentwürfen zu überschreiten....
- vorzuschlagen, dass die Beiträge der Mitgliedsstaaten durch Eigenmittel der Union ersetzt werden sollen, insbesondere durch die Erhebung einer europäischen Steuer auf Finanztransaktionen und/oder eine europäische Umweltsteuer und/oder eine europäische Lohn- und Kapitalertragssteuer
- notwendig, Modalitäten für europäische Investitionen durch europäische Kredite vorzuschlagen, durch die Ausgabe europäischer Obligationen oder die Vermittlung der Europäischen Investitionsbank

1.9 Gründung eines Europäischen Instituts für Zukunftsforschung und strategische Überlegungen (bei der Kommission angesiedelt)

Die Union braucht langfristig einen Ort für gemeinsame Reflexionen: Definition der Chancen und Risiken, der Bedrohungen, der Stärken, der wichtigsten Handlungsfelder Europas in der Welt.

Es ist notwendig, ein unabhängiges Institut zu gründen, das bei der Kommission angesiedelt, mit unbefristeten Finanzmitteln ausgestattet und für die Beiträge aller treibenden Kräfte der Union offen ist. Dieses Institut zielt darauf ab, langfristige Zukunftsforschung zu betreiben, den Institutionen auf Anfrage bestimmte Themen zu erläutern, als Ort des Dialogs und der Bildung für Beamte, Forscher und Akteure der Zivilgesellschaft der EU-Mitgliedsstaaten sowie für die europäischen Institutionen zu fungieren.

1.7 Eine gemeinsame Außenpolitik⁴

Dass das Amt eines Hohen Vertreters für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Auswärtigen Dienst geschaffen wurden, war ein großer Fortschritt. Eine gemeinsame Außenpolitik wird allerdings durch die Befugnis der Staaten ausgebremst, bilaterale zwischenstaatliche Abkommen zu unterzeichnen.

Die Union nimmt ihre Verantwortung für zukunftsrelevante außenpolitische Fragen nicht wahr. Dies gilt insbesondere in folgenden Bereichen:

- keine gemeinsame Position zum israelisch-palästinensischen Konflikt, obgleich die Union der wichtigste Handelspartner Israels und der Hauptfinanzier der Palästinenser ist
- nationale Energiepolitik gegenüber Russland, obgleich eine Partnerschaft mit Russland in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Sicherheit des Kontinents für die EU unerlässlich ist
- nationale Strategien gegenüber den Vereinigten Staaten, obgleich diese ein geeintes und organisiertes Europa als Partner fordern
- keine Afrika-Strategie, obwohl insbesondere Afrika südlich der Sahara sowohl ein Hort großer Instabilität als auch dank seines Bevölkerungswachstums und seiner natürlichen Ressourcen eine wirtschaftliche Chance ist
- darüber hinaus sollte die Union ihre Außenpolitik koordinieren und gemeinsame Positionen entwickeln, um bei internationalen Verhandlungen geeint aufzutreten und strategische Partnerschaften mit den großen global Playern zu unterzeichnen.

Die Übertragung von Souveränität ist für die Perspektive eines Europas der Stärke notwendig.

Die Europäische Bewegung Frankreichs wünscht:

- ein Abkommen der Staaten für die Vertretung Europas durch einen einzigen Akteur bei Verhandlungen, die im gemeinsamen Interesse der Europäer liegen
- dass im Rahmen des Europäischen Auswärtigen Dienstes effiziente Mechanismen zur gemeinsamen Entscheidungsfindung und –umsetzung bei außenpolitischen Vorgängen der Union eingeführt werden

1.10 Förderung des Austausches von Bürgern der Mitgliedsstaaten

Die Austauschmaßnahmen, die das DFJW seit Jahren organisiert, müssen weitergeführt, intensiviert und auf die 27 Mitgliedsstaaten ausgedehnt werden.

Wir schlagen vor, den Austausch von Unionsbürgern zu intensivieren:

- Partnerschaften zwischen Regionen aus "alten" und "neuen" Mitgliedsländern

⁴ Anm.: Ab hier ist die Nummerierung unlogisch, entspricht aber der im frz. Original.

- Unterstützung der Mobilität Jugendlicher (Schüler, Studenten und Berufstätige) nach dem Muster des DFJW, das zur Annäherung der Franzosen und Deutschen geführt hat
- europäischer Freiwilligendienst
- Unterstützung der Mobilität von Kulturvereinen, so dass europäische Bürger jeden Alters zusammenkommen können
- Unterstützung von Partnerschaften von Städten, Regionen und lokalen Institutionen
- Verdreifachung des ERASMUS-Haushalts zur Erhöhung der ERASMUS-Stipendien für Studenten, Ausweitung der Stipendien auf Lehrkräfte, Forscher, junge Arbeitnehmer und Beamte.

1.11 Aufbau einer gemeinsamen kulturellen Basis

Vorzugsweise über das Bildungswesen wird das Bewusstsein herausgebildet, zu Europa zu gehören und eine gemeinsame Bestimmung zu teilen.

Um sicherzustellen, dass europäische Geschichte, Kultur und Staatsbürgerkunde neben der eigenen Kultur in das Bildungswesen jedes europäischen Landes aufgenommen wird, ist ein Prozess notwendig.

Die Vorschläge könnten folgendes beinhalten:

- Ausarbeitung gemeinsamer Lehrprogramme für die Primär- und Sekundarstufe
- Ausarbeitung von europäischen Lehrbüchern für Geschichte und Staatsbürgerkunde
- interkulturelles Lernen und Organisation von europäischen Projekten in der Hochschulbildung
- Lehreraustausch

2 - Vorschläge an die Entscheidungsträger Frankreichs

Das Protokoll über die Symbole der Union zu unterzeichnen.

3 – Vorschläge für Initiativen der Europäischen Bewegung Frankreich

Verfassen einer Deklaration der Europäischen Bewegung Frankreich, die klare Optionen zu den Themenkreisen Wirtschaft, Soziales, Armee, Kultur und Politik sowie Institutionen aufzeigt und die Bewegung in die Debatte über neuen Schwung für Europa einbindet.

Gemeinsam mit den Europäischen Bewegungen anderer Länder und befreundeten Vereinigungen Vorschläge für Bürgerinitiativen in Bezug auf die "Vorschläge an die Europäer" ausarbeiten, insbesondere zu:

- der Einsetzung eines Konvents zum Projekt Europa
- einem Prozess der steuerlichen und sozialen Annäherung
- der Steigerung der Einnahmen der Union
- der Förderung des Austauschs der Bürger
- der Schaffung einer gemeinsamen kulturellen Basis

[]

Anm.: Es folgt eine vierseitige Liste von Referenzdokumenten, die nicht übersetzt ist; dies kann auf Anfrage gern nachgeholt werden.

Die im Inhaltsverzeichnis genannten Anhänge lagen nicht vor.